

*Abschreibung – Classement*

**Präsident:** Der Bundesrat beantragt Ihnen gemäss Seite 12 der Botschaft die Abschreibung des Postulats 80.521 und der Motionen 82.598 und 82.927.

*Zustimmung – Adhésion*

*An den Ständerat – Au Conseil des Etats*

83.043

## Steuerharmonisierung. Bundesgesetze

### Harmonisation fiscale. Lois

Botschaft und Gesetzesentwürfe vom 25. Mai 1983 (BBI III, 1)  
Message et projets de lois du 25 mai 1983 (FF III, 1)

Beschluss des Ständerates vom 7. Dezember 1988  
Décision du Conseil des Etats du 7 décembre 1988

## B. Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer Loi fédérale sur l'impôt fédéral direct

*Differenzen – Divergences***Art. 5 Abs. 1 Bst. dbis***Antrag der Kommission*

dbis. Einkünfte aus schweizerischen Einrichtungen der beruflichen Vorsorge oder aus anerkannten Formen der gebundenen Selbstvorsorge erhalten, sofern sie nicht nachweisbar in einem andern Staat besteuert werden;

*Antrag Fehr*

.... der gebundenen Selbstvorsorge erhalten.  
(Rest des Satzes streichen)

**Art. 5 al. 1 let. dbis***Proposition de la commission*

dbis. Lorsqu'elles perçoivent des revenus provenant d'institutions suisses de droit privé ayant trait à la prévoyance professionnelle ou aux formes reconnues de prévoyance individuelle liée, à moins qu'il soit prouvé que ces revenus sont imposés dans un autre Etat;

*Proposition Fehr*

.... de prévoyance individuelle liée.  
(Biffer le reste de la phrase)

**Fehr:** Es geht um den sogenannten «Pilotenrick» bzw. um Regelungen, die verhindern sollen, dass sich Bezüger von Leistungen aus Einrichtungen der beruflichen Vorsorge oder der gebundenen Selbstvorsorge der Steuerpflicht entziehen, indem sie sich ins Ausland absetzen.

Die Kommission hat in ausführlichen Beratungen die nun vorliegende Fassung der litera dbis beschlossen. Wenn ich mir als Kommissionsmitglied dennoch erlaube, einen Abänderungsantrag zu stellen, so daher, weil ich nach Abschluss der Kommissionsarbeiten, vor allem bei Kontakten mit der Verwaltung, habe feststellen müssen, dass der letzte Satzteil, insbesondere der Ausdruck «nachweisbar», unnötige Inkonvenienzen mit sich bringt, weil der Nachweis eben kaum zu erbringen ist.

Das können und sollten wir noch korrigieren. Dafür gibt es verschiedene Gründe: Wenn ein Doppelbesteuerungsabkommen mit dem Staat besteht, in den sich der Anwender des «Pilotenricks» absetzt, so geht dieses Doppelbesteuerungsabkommen in jedem Fall vor, das heisst, besteuert wird nach dem Wohnsitzprinzip. Für diesen Fall brauchen wir keine Re-

gelung zu schaffen. Hat hingegen die Schweiz mit dem Staat, in dem der Begünstigte Wohnsitz nimmt, kein Doppelbesteuerungsabkommen abgeschlossen, so ist nicht einzusehen, weshalb unser Land einseitig eine Vorleistung erbringen soll, ohne jede Gegenleistung des Drittstaates und ohne Steuerleistung des Begünstigten. Schliesslich besteht zumindest die Gefahr, dass der Besteuerungsvorbehalt, der in diesem Satzteil enthalten ist, die Verhandlungsposition der Schweiz bei Verhandlungen über Doppelbesteuerungsabkommen schwächen könnte. Auch daran haben wir keinerlei Interesse. Bevor ich den Antrag einreichte, habe ich erwogen, ob es sinnvoll wäre, das Wort «nachweisbar», an dem ich mich stosse, etwa durch die Formulierung «aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens» zu ersetzen. Ich habe davon Abstand genommen aus der Ueberlegung, dass es auch andere Gesetzesbestimmungen gibt, die im Zusammenhang mit Doppelbesteuerungsabkommen stehen oder davon abhängig sein können. Die vermeintliche Präzisierung wäre also nicht geeignet, zur Klarheit beizutragen.

Klarheit schafft hingegen die von mir beantragte Streichung. Ich ersuche Sie, ihr zuzustimmen. Aus der Sicht der Verwaltung würde eine solche Aenderung begrüsst; auch seitens des Bundesrats dürfte sie unterstützt werden.

**Reichling, Berichterstatter:** Es geht hier um die Besteuerung von Vorsorgeleistungen. Gemäss unserer Steuergesetzgebung sind die Beiträge an Vorsorgeeinrichtungen steuerfrei, dafür werden die Leistungen besteuert.

Durch Wohnsitzverlegung ins Ausland vor dem Erreichen der Altersgrenze können die Steuern auf Kapitaleinkommen umgangen werden. Dies betrifft Länder, mit denen die Schweiz kein Doppelbesteuerungsabkommen abgeschlossen hat.

Sofern es sich um Leistungen aus einem öffentlich-rechtlichen Arbeitsverhältnis handelt, sind die Leistungen auch bei Wohnsitznahme im Ausland steuerbar, geregelt in den Doppelbesteuerungsabkommen oder unabhängig davon. Dieser Teil ist unbestritten. Er ist im Vorschlag des Bundesrats unter Buchstabe d geregelt.

Die nationalrätliche Kommission wollte schon in der ersten Beratung diese Regelung auch auf privatrechtliche Arbeitsverhältnisse und Vorsorgeeinrichtungen ausdehnen und hat versucht, den Buchstaben d so zu fassen, dass er für öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Vorsorgeleistungen Gültigkeit hat. Diese Lösung hat sich als unzweckmässig erwiesen, es könnte bezüglich der Doppelbesteuerungsabkommen Unklarheit entstehen.

Die Kommission hat daraufhin nach einem neuen Weg gesucht. Die Regelung für die Leistungen aus öffentlich-rechtlichen Arbeitsverhältnissen soll gemäss Vorschlag des Bundesrates in Buchstabe d unverändert erfolgen. Diesem Text hat sich der Ständerat bereits angeschlossen. Für die Leistungen aus privatrechtlichen Vorsorgeeinrichtungen wird ein neuer Buchstabe dbis vorgeschlagen, welcher auf die allfällige Priorität der Besteuerung im ausländischen Wohnort hinweist.

Zum Antrag Fehr: Schon anlässlich der ersten Behandlung haben die Kommissionssprecher darauf hingewiesen, dass die allfällige Besteuerung im ausländischen Staat, also am neuen Wohnsitz, in den Doppelbesteuerungsabkommen geregelt ist, sofern solche abgeschlossen worden sind. Wir haben auch darauf hingewiesen, dass internationale Verträge unserem Recht immer vorgehen. Diesbezüglich besteht Rechtsklarheit. Das entspricht auch dem Antrag Fehr.

In der Kommission wurde die Auffassung vertreten, dass dieses Gesetz auch für den Bürger besser lesbar sein könnte. Man wollte daher hier den Hinweis machen, um auch den Bürger, der das Gesetz liest, auf die möglichen unterschiedlichen Verhältnisse in der Besteuerung aufmerksam zu machen. Es ist allerdings zuzugeben, dass, wenn wir generell geltende rechtliche Regelungen in einzelnen Artikeln erwähnen, wie das jetzt geschehen ist, Unklarheit entsteht, ob sie auch in allen andern Artikeln, in denen sie nicht speziell erwähnt sind, Gültigkeit haben. Das trifft natürlich zu. Die Doppelbesteuerungsabkommen betreffen das ganze Steuergesetz, nicht nur diesen speziellen Artikel. Deshalb hat der Antrag Fehr durch-

aus seine Berechtigung. Sie müssen entscheiden, ob Sie im Sinne besserer Transparenz für den Bürger einen Hinweis im Artikel wollen, oder ob Sie der generellen, an und für sich richtigen Lösung ohne Hinweis zustimmen wollen.

Zu sagen wäre vielleicht noch, dass die Fassung, die in unserer Kommission beschlossen worden ist, eher unglücklich ist, denn an und für sich könnte ja ein solcher Steuerflüchtling in jedem anderen Staat für ein paar Franken ein Steuerabkommen abschliessen und sich damit der Steuerpflicht in der Schweiz entziehen.

Die Auffassung der Kommission war eindeutig: Es soll nur eine Befreiung stattfinden, wo sie durch ein Doppelbesteuerungsabkommen geregelt ist. Persönlich habe ich Sympathie für den Antrag Fehr, ich kann ihn aber nicht im Namen der Kommission unterstützen.

**M. Salvioni**, rapporteur: Il s'agit de l'imposition des revenus provenant d'institutions suisses de prévoyance. En ce qui concerne les revenus provenant d'institutions publiques de prévoyance professionnelle, le problème est réglé à la lettre a et celle-ci n'est pas discutée.

La commission s'était souciée de couvrir une lacune possible au sujet des institutions de prévoyance privée. Le Pilotentruck, comme on l'a défini, «le truc des pilotes», consiste dans le fait qu'une personne qui a travaillé en Suisse et qui peut recevoir une prestation de prévoyance, sur la base de primes qui ont été déduites de son revenu, avant de recevoir cette prestation, se déplace à l'étranger et, ce faisant, se soustrait à l'imposition fiscale en Suisse. De cette façon, une prestation ne serait pas soumise à l'imposition alors que les primes pour celle-ci auront été déduites du revenu.

La solution de la commission consiste à rajouter la phrase «à moins qu'il soit prouvé que ces revenus sont imposés dans un autre Etat»; c'est-à-dire les revenus provenant d'institutions de prévoyance privée qui sont imposés en Suisse, indépendamment du domicile, à moins qu'il soit prouvé qu'ils sont imposés dans un autre Etat. Les critiques que l'on a formulées ici me paraissent, contrairement aux arguments du président de la commission, assez faibles. Avant tout, il est évident que s'il y a une imposition dans le nouvel Etat de domicile, il serait injuste d'imposer deux fois la même prestation.

Par contre, il ne serait pas équitable non plus d'admettre que cette prestation ne soit pas du tout soumise à une imposition dans le cas où la personne assurée se déplace dans une nation avec laquelle la Suisse n'a pas de convention d'imposition et il y en a beaucoup dans le monde. Il est évident que lorsqu'il existe une convention de double imposition, l'affaire est réglée; en général, dans la loi fiscale, il ne faut pas rappeler tous les cas où des conventions de double imposition peuvent être appliquées parce qu'il est évident que celles-ci, en tant que traités internationaux, priment sur les lois internes. Mais là où ces conventions sont inexistantes, le problème se pose. Evidemment, prenons le cas de personnes qui reçoivent des prestations qui peuvent être d'une certaine importance, de centaines de milliers de francs ou même de millions. Si ces personnes se transfèrent dans un Etat des Caraïbes ou ailleurs, où il n'existe pas de traité de double imposition ni même d'imposition, elles jouissent d'une situation privilégiée par rapport à celles qui restent en Suisse ou qui vont dans un Etat avec lequel il existe un traité de double imposition.

La commission a voulu combler cette lacune et a rajouté cette phrase qui est maintenant en discussion. Personnellement, je considère que, puisque nous sommes en train d'essayer de combler les lacunes qui existent dans la loi fiscale, sur la base de l'expérience que l'administration a faite ces dernières décennies, il est opportun, dans cette optique, que cette formulation de la commission soit acceptée.

**Bundesrat Stich**: Persönlich schliesse ich mich dem Antrag Fehr an. Die Kommission hat zwar einen sehr guten Antrag aufgenommen, aber dieser Antrag besagt, dass in diesem Fall der ausländische Staat auf jeden Fall und für alle Zukunft Anrecht auf das Steuersubstrat habe. Das ist heute auch so in allen Ländern, mit denen wir ein Doppelbesteuerungsabkommen haben, aber es wäre falsch, im Gesetz festzulegen, dass

es auf ewige Zeiten so bleiben soll. Auch Doppelbesteuerungsabkommen kann man gelegentlich wieder revidieren, nicht sehr kurzfristig, aber immerhin, man könnte sie revidieren.

Wir werden dem Umstand Rechnung tragen müssen, dass wir jetzt und in der Zukunft für alle Sozialversicherungen, Versicherungsbeiträge für die Altersvorsorge einen Steuerabzug bei den Prämien zulassen, auf die Besteuerung des Einkommens in der Schweiz verzichten. Dafür sind in der Schweiz die Altersrenten steuerbar. Deshalb scheint es mir gerechtfertigt, diesen Nachsatz zu streichen. Wir haben später unter Umständen die Möglichkeit, die heutige Praxis zu ändern.

#### *Abstimmung – Vote*

Für den Antrag Fehr	offensichtliche Mehrheit
Für den Antrag der Kommission	Minderheit

#### **Art. 5 Abs. 1 Bst. e**

*Antrag der Kommission*  
Festhalten

#### **Art. 5 al. 1 let. e**

*Proposition de la commission*  
Maintenir

**Reichling** Berichterstatter: Es geht um die Besteuerung der Seeleute auf Hochseeschiffen. Der Nationalrat hat dem Bundesrat zugestimmt, dass auch diese Arbeitnehmer in der Schweiz steuerpflichtig sind, wenn der Arbeitgeber, die Reederei, ihren Sitz in der Schweiz hat.

Der Ständerat ist von der unrichtigen Annahme ausgegangen, dass die übrigen europäischen Staaten ihre Seeleute auf hoher See nicht besteuern und dass aus diesem Grunde eine Abwanderung der Schweizer Seeleute zu ausländischen Reedereien erfolgen könnte. Diese Annahme war unrichtig. Auch die anderen Staaten besteuern ihre Seeleute. Sogar die Kantone Basel-Stadt und Baselland besteuern die Seeleute auf Hochseeschiffen. Deshalb scheint mir eine Besteuerung durch den Bund gegeben. Zur Förderung des Matrosennachwuchses stehen gegenwärtig andere Massnahmen im Vordergrund.

Die Kommission beantragt einstimmig Festhalten am früheren Beschluss.

**M. Salvioni**, rapporteur: Cette proposition du Conseil des Etats découle d'une proposition un peu romantique de M. Miville, conseiller aux Etats, qui demande de ne pas imposer en Suisse les marins qui travaillent sur des bateaux suisses.

Cette proposition avait été bien argumentée et signalait qu'au fond ils ne se trouvent effectivement pas en Suisse, qu'ils n'utilisent pas les infrastructures suisses, et surtout on soutenait qu'ils n'étaient pas imposés cantonalement et que dans les pays étrangers il en allait de même. Or, il s'est avéré que ces arguments n'étaient pas valables, les marins sont bel et bien imposés cantonalement et ils le sont aussi dans les autres pays.

La commission ne voit par conséquent aucune raison d'exempter de l'imposition fiscale les marins qui travaillent sur des bateaux suisses. C'est la raison pour laquelle la commission vous propose de maintenir le texte initial.

#### *Angenommen – Adopté*

#### **Art. 6 Abs. 3**

*Antrag der Kommission*  
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

#### **Art. 6 al. 3**

*Proposition de la commission*  
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

**Reichling**, Berichterstatter: Nationalrätliche und ständerätliche Kommission haben im Einvernehmen einen Antrag von Nationalrat Stucky im Ständerat aufgenommen, den Herr

Stucky in der nationalrätlichen Kommission gestellt hat, den wir aber nicht mehr behandelt haben. Es geht um die Regelung der Verlustanrechnung aus ausländischen Betriebsstätten. Der Vorschlag ist das Resultat eines kürzlichen gefällten Entscheids des Bundesgerichtes.

Die Kommission beantragt Ihnen einstimmig Zustimmung zum Beschluss des Ständerates. Der Beschluss, den Sie jetzt fassen, gilt gleichzeitig für Artikel 58 Absatz 3, d. h. für die Besteuerung der juristischen Personen.

**M. Salvioni**, rapporteur: A l'article 6, alinéa 3, la commission a pris acte du fait que le Conseil des Etats, dans la discussion des divergences, a adopté une modification de l'alinéa 3 qui en réalité ne faisait pas l'objet d'une divergence, mais résultait de la proposition de M. Stucky et d'un jugement récent du Tribunal fédéral.

Il s'agit de la déduction des pertes subies à l'étranger par une société suisse. Cette disposition tend à régler la possibilité pour une société ou une entreprise suisse de compenser sur la base du droit interne les pertes qu'elle a subies à l'étranger par un établissement stable lui appartenant, avec des revenus obtenus en Suisse. Si cet établissement enregistre des gains au cours des sept années qui suivent, il faut procéder à une révision de la taxation initiale jusqu'à concurrence du montant des gains compensés auprès de l'établissement stable.

Cette réglementation est raisonnable, et la commission vous demande, à l'unanimité, de partager son opinion et d'accepter cette modification.

*Angenommen – Adopté*

#### **Art. 18 Abs. 3**

*Antrag der Kommission*  
Festhalten

#### **Art. 18 al. 3**

*Proposition de la commission*  
Maintenir

**Reichling**, Berichterstatter: Die Kommission beantragt Festhalten am Streichungsbeschluss. Ob die Verpachtung eine Ueberführung ins Privatvermögen darstellt, soll von der Steuerbehörde untersucht und nachgewiesen werden. Die Befreiung der Verpachtung von der Liquidationsbesteuerung erleichtert namentlich in Gewerbebetrieben die Uebergabe an einen Nachkommen oder Nachfolger. Die Liquidationssteuer verhindert in vielen Fällen die Weiterführung eines Gewerbebetriebes. Das Geschäft wird an den Meistbietenden verkauft, was zu seiner Zweckentfremdung führen kann. Das Resultat ist die Verdrängung der Gewerbebetriebe aus den Wirtschaftszentren zugunsten von Dienstleistungsunternehmen.

Mit der Streichung soll keine Neuerung geschaffen werden. Der bisherige Zustand soll weiterhin Gültigkeit haben. Die Schwierigkeiten der Geschäftsübernahme werden also nicht beseitigt. Sie werden nur nicht verschärft.

Wie uns Herr Kollega Salvioni sagte, musste im Kanton Tessin eine neu eingeführte Liquidationsbesteuerung bei Verpachtung wegen den unerwünschten Auswirkungen wieder aufgehoben werden.

Die Kommission beantragt mit 18 zu 3 Stimmen, an der Streichung festzuhalten.

**M. Salvioni**, rapporteur: La commission vous enjoint ici de maintenir sa proposition, que vous avez d'ailleurs déjà acceptée, de biffer l'alinéa 3 qui dispose que l'affermage d'une entreprise soit assimilé à un transfert dans la fortune privée. On ne veut pas abolir le principe que l'affermage définitif puisse être considéré comme un transfert, mais on veut éviter que l'affermage limité dans le temps puisse être assimilé à un transfert, et ce, afin d'éviter des conséquences économiques assez graves. Cette disposition a démontré qu'elle a des effets pervers. Il y a en effet beaucoup de petites et moyennes entreprises – restaurants, entreprises agricoles, etc. – où le propriétaire, s'il n'a pas d'enfant disposé à reprendre son entreprise, ou en attendant qu'il soit en mesure de le faire, l'affermage pour

ne pas la clore définitivement. Dans ces cas-là, le calcul du bénéfice de liquidation est tel qu'il empêche pratiquement quasiment d'affermier son entreprise. La conséquence en est tout simplement la fermeture de l'entreprise, conséquence négative du point de vue économique.

Dès lors, il faut éviter d'introduire des normes qui entraînent des effets économiques indésirables, et il serait judicieux de maintenir la proposition du Conseil national, à savoir biffer cet alinéa.

**Bundesrat Stich**: Die Herren Kommissionsreferenten haben ausgeführt, dass die heutige Praxis weitergeführt werden soll. Das ist auch unsere Meinung. Aber wir sind der Auffassung, dass man dafür – wenn man schon ein Gesetz schafft – auch eine gesetzliche Basis schaffen soll, d. h. dass es in Absatz 3 klar heisst: «Die Verpachtung eines Geschäftsbetriebes gilt, sofern sie nicht vorübergehender Natur ist, als Ueberführung in das Privatvermögen.» Das ist eine klare gesetzliche Regelung. Mir scheint, man sollte nicht zu viel dem Ermessen überlassen oder an das Bundesgericht delegieren. Eine klare gesetzliche Regelung ist vorzuziehen.

Deshalb bitte ich Sie, hier dem Ständerat und dem Bundesrat zuzustimmen.

**Reichling**, Berichterstatter: Ich möchte Ihnen die praktischen Auswirkungen dieses Absatzes an einem Beispiel erläutern: Ein älterer Handwerker hat keine Nachkommen. Er besitzt eine Spenglerei mit eigener Wohnung im Haus. Wenn er sie verpachtet und – bei Liquidationsbesteuerung – die Ueberführung in das Privatvermögen versteuern muss, hat das – wenn es sich in der Agglomeration abspielt – zur Folge, dass er die Liegenschaft mit der eigenen Wohnung verkaufen muss, weil sein Vermögen in dieser Liegenschaft steckt und er die Steuern nicht ohne weiteres auf den Tisch legen kann. Damit geht – wahrscheinlich in den meisten Fällen – die Spenglerei verloren und wird geschlossen.

Wenn er sie aber verpachten kann, ohne die Liquidationssteuer zu bezahlen, kann die Spenglerei – zumindest zu seinen Lebzeiten – weitergeführt werden. So wird es wahrscheinlich in Hunderten von Handwerksbetrieben geschehen. Die Ueberführung in das Privatvermögen bei Verpachtung wird viel härtere Auswirkungen haben. Wir wollen, dass die Steuerbehörde im Einzelfall untersucht, ob es sich wirklich um eine Ueberführung in das Privatvermögen handelt oder ob mit dem Aufschub der Liquidationssteuer die Weiterführung des Betriebs gesichert werden kann.

**M. Salvioni**, rapporteur: Permettez-moi de vous citer un exemple qui vous démontrera les conséquences que cette disposition peut entraîner. C'est un cas réel, qui a conduit, entre autres, le canton du Tessin à abolir cette norme, qu'il avait introduite avant la législation fédérale.

Il s'agit d'un petit restaurant situé dans une vallée, exploité par son propriétaire. A un certain moment, ses deux fils étant encore trop jeunes pour reprendre l'affaire, il décide de l'affermier pour un montant annuel de 15 000 francs, ce qui est peu. L'administration fiscale intervient en s'excusant, parce que c'était une norme que l'administration n'employait qu'avec réticence, consciente de ses conséquences. Mais la loi était claire, il fallait calculer le bénéfice de liquidation. Avec un affermage de 15 000 francs par année, le bénéfice s'élevait à 300 000 francs, et l'impôt est d'à peu près 150 000 francs. Le propriétaire n'était pas en mesure de payer ces 150 000 francs d'impôt sur un bénéfice fictif, qu'il n'a jamais réalisé et qui n'est que comptable. La seule solution possible était la fermeture du restaurant, qui était le seul établissement de ce petit village du Val Verzasca.

Il est impossible d'établir des normes fiscales qui conduisent à de tels résultats. C'est pourquoi la commission, à une large majorité, vous propose de maintenir sa décision.

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Kommission  
Für den Antrag des Bundesrates

offensichtliche Mehrheit  
Minderheit

**Art. 20 Abs. 1 Bst. a und a praebis***Antrag der Kommission**Bst. a*

a. Zinsen aus Guthaben, einschliesslich ausbezahlten Erträgen aus rückkaufsfähigen Kapitalversicherungen mit Einmalprämie im Erlebensfall oder bei Rückkauf, sofern bei diesen Kapitalversicherungen das Vertragsverhältnis nicht mindestens zehn Jahre gedauert oder der Versicherte das 60. Altersjahr noch nicht erreicht hat.

*Bst. a praebis*

Streichen

**Art. 20 al. 1 let. a et a praebis***Proposition de la commission**Let. a*

a. Les intérêts d'avoirs, y compris les rendements versés, en cas de vie à l'échéance ou de rachat d'assurances de capitaux susceptibles de rachat et acquittées au moyen d'une prime unique, dans la mesure où pour ces assurances de capitaux le rapport contractuel n'a pas duré au moins 10 ans ou que l'assuré n'a pas encore atteint sa 60<sup>e</sup> année;

*Let. a praebis*

Biffer

**Reichling**, Berichterstatter: Es geht um die Besteuerung von Erträgen aus Kapitalguthaben, welche sowohl als gewöhnliche Kapitalanlagen als auch als Vorsorgeeinrichtungen errichtet werden. Die Kommission suchte schon bei der ersten Beratung nach einem Weg, Vorsorgeeinrichtungen die zugesicherten Steuererleichterungen gewähren zu können, hingegen gewöhnliche Kapitalanlagen normal zu besteuern. Unbestritten ist, dass gewisse Anlageformen angeboten werden, welche es erschweren, zwischen dem steuerbaren Ertrag und dem nichtsteuerbaren Kapitalgewinn zu unterscheiden. Eine Regelung ist wegen des Verzichts der Räte auf die Besteuerung der Kapitalgewinne notwendig geworden. Das Anliegen des Nationalrats ist im Ständerat durch Herrn Miville aufgenommen worden. Sein Antrag unterlag aber im Ratsplenum. Die Nationalratskommission will an ihrem Anliegen zur Begünstigung von Vorsorgekapital festhalten. Sie ist aber zum Schluss gelangt, dass der Antrag Miville besser formuliert ist als der eigene, und beantragt Ihnen Zustimmung zum neuen Text von Buchstabe a. Dabei wird gleichzeitig der vom Ständerat beschlossene Buchstabe a praebis überflüssig. Er ist in Buchstabe a enthalten.

Dieser Beschluss hat die Anpassung von Artikel 24 Buchstabe b zur Folge.

**M. Salvioni**, rapporteur: Cet article se réfère à une «innovation» des compagnies d'assurance. Pour rendre plus appétissants et plus intéressants les contrats d'assurance, on est passé de l'assurance-vie classique, c'est-à-dire une prévoyance constituée de versements réguliers mensuels ou annuels, à un type d'assurance différent, c'est-à-dire une assurance où l'on paie la prime en capital tout de suite et on retrouve la prestation de la compagnie d'assurance plus tard. Si la personne assurée emprunte le capital nécessaire pour payer la prime en capital auprès d'une banque, elle peut déduire les intérêts qu'elle doit payer à la banque, et en outre, au moment où elle reçoit la prestation d'assurance, puisque les gains sur capital ne sont pas imposables, elle ne serait imposable qu'en partie.

Le Conseil des Etats s'est occupé de ce problème et a trouvé une solution qui prévoit que seuls les rendements versés sur les placements qui servent au financement d'assurance sont imposés. Il y avait une proposition de minorité Hefti-Miville qui avait été rejetée, prévoyant que les intérêts d'avoirs, les rendements versés en cas de vie à l'échéance ou de rachat de l'assurance de capitaux susceptibles de rachat et acquittés au moyen d'une prime unique, sont imposés dans la mesure où, pour ces assurances de capitaux, le rapport contractuel a duré moins de dix ans ou que l'assuré n'a pas encore atteint 60 ans. Le résultat de cette proposition, qui avait été rejetée par le plénum du Conseil des Etats, était qu'on imposait une plus grande partie des prestations de l'assurance.

La commission du Conseil national a accepté cette proposition de minorité, rejetée par le Conseil des Etats, et vous propose maintenant d'accepter le principe selon lequel on impose la différence entre le capital versé et le rendement que l'assurance paiera à l'assuré à l'échéance. En acceptant ce principe, la lettre a praebis qui avait été votée par le Conseil des Etats devient superflue et devrait donc être biffée.

*Angenommen – Adopté***Art. 20 Abs. 1 Bst. a bis***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Art. 20 al. 1 let. a bis***Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

**Reichling**, Berichterstatter: Buchstabe abis ist vom Ständerat geändert worden. Die Einfügung des Ständerats geht darauf zurück, dass heute Obligationen in einer Mischform von jährlicher Verzinsung und Einmalverzinsung angeboten werden. Die nationalrätliche Kommission beantragt Ihnen, dem Ständerat zuzustimmen.

**M. Salvioni**, rapporteur: A l'article 20, 1<sup>er</sup> alinéa, lettre a bis, le Conseil des Etats a proposé une modification du texte du Conseil national. Il s'agit du «revenu résultant de l'aliénation ou du remboursement d'obligations à intérêt unique prédominant (obligations à intérêt global, obligations à coupon zéro) qui échoient au porteur». Le Conseil des Etats était d'avis qu'il faut imposer les revenus et par «revenus», on entend la partie qui correspond à un rendement du capital investi, et non la partie qui a trait à l'augmentation de capital. Il est parfois assez difficile de séparer les deux revenus, mais ce sera à l'administration d'y pourvoir.

*Angenommen – Adopté***Art. 20 Abs. 1 Bst. b***Antrag der Kommission**Mehrheit*

b. .... Gratisnennwerterhöhungen u. dgl.);

(Rest des Buchstabens streichen)

*Minderheit*

(Coutau, Cavadini, Ducret, Feigenwinter, Müller-Wiliberg, Nebiker, Pidoux, Reich, Spoerry)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Art. 20 al. 1 let. b***Proposition de la commission**Majorité*

b. .... la valeur nominale, etc.);

(Biffer le reste de la lettre)

*Minorité*

(Coutau, Cavadini, Ducret, Feigenwinter, Müller-Wiliberg, Nebiker, Pidoux, Reich, Spoerry)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

**M. Coutau**, porte-parole de la minorité: Nous parlons ici du traitement fiscal de la distribution des actions gratuites. Il s'agit de décider de quelle façon sont imposables ces distributions d'actions gratuites ou les augmentations gratuites de la valeur nominale des actions, toutes opérations qui sont en quelque sorte assimilées à une catégorie spécifique de revenu du capital.

Je me permets de vous rappeler brièvement la situation telle qu'elle se présente aujourd'hui. Dans son projet initial, le Conseil fédéral ne prévoyait rien de particulier à cet égard. Cela n'était en effet pas nécessaire du fait que le projet du Conseil fédéral proposait par ailleurs l'introduction d'un impôt sur les gains de participation. Dès lors, la distribution d'actions gratuites, l'augmentation gratuite de la valeur nominale des actions et le produit de l'aliénation des droits de souscription pouvaient être sans autre exonérés de l'impôt.

Or, nous avons refusé l'impôt sur les gains de participation. Je précise que nous avons bien fait, car cet impôt possède des caractéristiques difficilement soutenables. Mais, de ce fait, il nous faut réglementer le traitement fiscal des actions ainsi distribuées gratuitement. En effet, le droit fédéral actuellement en vigueur ainsi que le droit de la plupart des cantons considèrent de telles distributions d'actions gratuites comme autant de revenus imposables.

Dans son premier débat, le Conseil des Etats a décidé de maintenir néanmoins l'exonération des distributions gratuites, comme le prévoient d'ailleurs sept cantons. Pour notre part, dans ce conseil, nous avons considéré qu'il convenait d'imposer ces distributions d'actions gratuites. Mais la majorité du plénum a imaginé un système différent de celui actuellement en vigueur, estimant que l'incorporation des réserves latentes dans le capital n'était pas, à proprement parler, un revenu, mais seulement un revenu potentiel.

Dès lors, la question essentielle qui se pose consiste à définir le moment où cette potentialité se réalise, le moment donc où l'action gratuite se transforme effectivement en un revenu distribué et, par conséquent, le moment où ce revenu devient imposable.

Actuellement, ces actions gratuites sont imposables au moment de leur distribution. Ce n'est en effet pas une solution satisfaisante. Car, à ce moment-là, ces actions ne constituent pas un revenu effectif, mais seulement potentiel. C'est pourquoi lors de notre premier débat, nous avons différé le moment de leur imposition jusqu'à la dissolution de la société.

En reprenant ce dossier, le Conseil des Etats a été sensible aux inconvénients d'une telle solution. Car, en effet, d'une part il est très difficile, si l'on reporte l'imposition jusqu'à la dissolution de la société, de distinguer les actions qui ont été distribuées gratuitement – et qui, dès lors, seraient taxables comme revenu – des autres actions qui ont fait l'objet d'acquisition en bonne et due forme, qui ne constituent pas un revenu et qui, par conséquent, ne sont pas imposables. D'autre part, en reportant l'imposition jusqu'au moment de la dissolution de la société, on n'est pas sûr de prélever l'impôt sur le détenteur qui a effectivement bénéficié de la distribution d'actions gratuites, ces actions ayant pu faire entre-temps l'objet de plusieurs transactions. Enfin, la distribution d'actions gratuites de sociétés qui manifestent une certaine pérennité ne serait en fait pas imposable, puisque cette imposition serait différée de façon indéfinie.

Ce sont les raisons pour lesquelles le Conseil des Etats a adopté une solution transactionnelle. Il s'en tient d'une part aux principes de l'imposition des actions distribuées gratuitement, c'est le principe; mais d'autre part, il fixe l'imposition au moment de la réalisation effective du revenu potentiel que constitue cette distribution, c'est-à-dire, au moment de leur aliénation. D'une part, ce serait en tout cas bien les actionnaires bénéficiaires de ces distributions qui auraient à acquitter l'impôt correspondant.

Il faut bien reconnaître, d'autre part, que cette solution de compromis présente deux inconvénients. D'abord il faut déterminer la valeur de l'action; celle-ci peut avoir varié depuis le moment de la distribution. Un peu arbitrairement – j'en conviens – nous avons admis que la valeur imposable est fixée à la valeur nominale d'émission. Cela est certes contestable, mais, finalement, il faut bien fixer une valeur de référence.

Ensuite, on admet, par principe, que ce sont précisément les actions gratuites qui, en cas d'aliénation, sont les premières à quitter le patrimoine, mais cela ne présente pas d'inconvénient particulier. On peut parfaitement admettre que les premiers titres à être aliénés sont précisément les actions gratuites, ce qui permet de déterminer le moment de leur imposition. Cette solution constitue un compromis préférable au système actuel, que ni l'un ni l'autre des conseils n'a voulu reprendre, c'est-à-dire l'imposition au moment de la distribution. Je vous renvoie à ce sujet aux débats qui ont abouti à notre première décision. Mais cette solution est également préférable – je dois le reconnaître, pour ma part, avec la minorité de la commission – au système de l'imposition au moment de la liquidation, qui souffre des inconvénients que je vous ai décrits.

Les textes que vous avez sous les yeux présentent un aspect

technique qui ne traduit pas au premier coup d'oeil les différences que j'ai essayé de vous exposer. Néanmoins, la question à trancher est bien conforme à mes explications. C'est la raison pour laquelle je vous propose de vous rallier à la solution du Conseil des Etats, que la commission n'a rejetée que par la voix prépondérante de son président.

**M. Carobbio:** M. Coutau a présenté la situation découlant de l'article 20b. Les arguments qu'il a fournis démontrent, à mon avis, qu'il a eu quelques problèmes à trouver des justifications convaincantes, vous incitant à accepter la prétendue solution de compromis adoptée par le Conseil des Etats. Pour ma part, au nom du groupe socialiste, je vous invite à soutenir la proposition de la majorité de la commission et, par conséquent, à imposer les actions gratuites dès qu'elles sont distribuées aux actionnaires.

Il y a trois raisons essentielles. La première a déjà été évoquée par M. Coutau qui en a tiré une conclusion inverse. Dans le projet du Conseil fédéral, il y avait la proposition d'introduire l'imposition des gains de participation, ce qui aurait permis de résoudre cette question de la distribution d'actions gratuites. Etant donné que la majorité de ce conseil et le Conseil des Etats ont refusé cette démarche de l'exécutif qui, à mon avis, aurait permis de résoudre clairement la situation, il me semble qu'il convient d'en rester au *statu quo*; c'est du reste la forme d'imposition en vigueur sur le plan fédéral dans la majorité des cantons.

Le deuxième motif qui justifie le maintien de la situation actuelle tient au fait – M. Coutau ne l'a pas dit – qu'il y a tout de même dans la quotation des actions en bourse une différence entre la valeur des actions gratuites et la valeur intrinsèque de celles-ci, dépendante des réserves latentes dont disposent toujours les principales entreprises.

Or, cette situation fait que la distribution d'actions gratuites devient pratiquement un transfert de revenus en faveur des actionnaires. Donc, si l'on n'impose pas ces actions gratuites dès leur distribution, pratiquement, on laisse dans la loi une porte ouverte à une forme élégante d'évasion du point de vue fiscal l'imposition de ces activités. Je vous rappelle en plus que les prestations en nature dont peut bénéficier un contribuable sont déjà imposées, même si elles ne sont pas réalisées immédiatement. Il n'y a pas de raison de ne pas traiter de la même façon la distribution d'actions gratuites.

La troisième raison c'est, et du reste M. Coutau l'a admis, qu'accepter la proposition du Conseil des Etats d'imposer ces actions seulement au moment de l'aliénation comportera des problèmes de contrôle et de vérification. En effet, il n'est pas facile d'établir comment et quand cette aliénation d'actions gratuites intervient. Donc, l'on risque que, pour finir, une opération qui se traduit en un enrichissement de l'actionnaire n'est pas – ou risque de ne pas être – imposée.

Voilà brièvement les raisons pour lesquelles, à mon avis, la solution de la majorité de la commission, qui est la conséquence d'une décision négative de ce conseil quant à l'imposition des gains de participation, est aujourd'hui la plus correcte. Il me semble que, sur le plan politique, il est bien difficile d'admettre que des opérations, qui donnent la possibilité à quelqu'un de s'enrichir à travers cette forme de distribution d'actions gratuites, ne soient pas imposées comme tous les autres revenus, dans la période où l'opération s'effectue.

**Frau Spoerry:** Ich möchte mich zu diesem Artikel nicht mehr sachlich äussern – das hat bereits Herr Coutau sehr gut getan –, sondern nur auf etwas hinweisen: Dies ist ein Differenzbereinungsverfahren! Der Bundesrat hat in seinem Vorschlag die Besteuerung der Gratisaktien nicht vorgesehen. Der Ständerat hat an dieser Nichtbesteuerung in der ersten Lesung festgehalten. Nachher hat der Bundesrat seine Meinung geändert und die Besteuerung der Gratisaktien mit der Beteiligungsgewinnsteuer gestrichen hätten. Ich habe diesen Zusammenhang nie begriffen, aber das war die Begründung des Bundesrats. Ihr Plenum hat an der Nichtbesteuerung bei der Ausgabe der Gratisaktion festgehalten. Der Ständerat hat dies ein zweites Mal bestätigt. Es wurde also dreimal im Plenum die

Nichtbesteuerung bei der Ausgabe beschlossen. Wir würden jetzt im Differenzbereinungsverfahren diese drei Entscheide der beiden Kammern umstossen. Ich bitte Sie, das nicht zu tun und der Minderheit zu folgen.

**Reichling, Berichterstatter:** Tatsächlich ist die Besteuerung der Gratisaktien aufgenommen worden wegen des Verzichts auf die Kapital- oder Beteiligungsgewinnsteuer. Wäre diese eingeführt worden, wären die Gratisaktien selbstverständlich im Rahmen dieses Gewinnes nach dem Projekt des Bundesrates besteuert worden. Die nationalrätliche Kommission hat Ihnen auch in der ersten Behandlung die Besteuerung der Gratisaktien beantragt; sie ist hingegen unterlegen gegenüber einem Antrag von Herrn Bremi (wenn ich mich recht erinnere), welcher vorschlug, die Gratisaktien erst bei der Veräusserung zu besteuern. Frau Spoerry, wir haben nicht etwa an der Nichtbesteuerung festgehalten, sondern der Rat ist dem Antrag Bremi gefolgt: Besteuerung bei der Veräusserung. Das schlägt an und für sich auch der Ständerat vor. Der Ständerat hält an der Besteuerung der Gratisaktien fest, wobei diese aufgeschoben wird bis zur Veräusserung. Eine solche Praxis würde administrative Schwierigkeiten ergeben, weil bei jedem Steuerpflichtigen der Verkehr mit normalen Aktien und Gratisaktien registriert und laufend kontrolliert werden müsste, damit man dann weiss, was verkauft wird. Es entstünden grosse Umtriebe, und ich vermute, dass sie nicht zu bewältigen wären und man nach kurzer Zeit nicht mehr weiss, wo diese Gratisaktien sind.

In der Kommission war die Besteuerung der Gratisaktien umstritten; das hat zum Minderheitsantrag geführt. Der Beschluss der Kommission erfolgte auch sehr knapp mit Stichentscheid des Präsidenten. Hier wird der Rat entscheiden müssen, ob diese Aktien besteuert werden sollen oder nicht. Die Minderheit geht von der theoretischen Maxime aus, dass die Ausgabe von Gratisaktien an der Höhe der Beteiligung nichts ändere, sondern lediglich eine grössere Stückelung der Beteiligung am unveränderten Wert darstelle, und dass deshalb auch kein Ertrag oder Gewinn damit verbunden sei. Das ist reine Theorie. In der Praxis muss die Aktionärsversammlung der Erhöhung des Aktienkapitals und der Ausgabe von Gratisaktien zustimmen. Es dürfte offensichtlich sein, dass ein solcher Beschluss nur zustande kommt, wenn dadurch der Altbestand an Aktien nicht entwertet wird. Ich möchte die Aktionärsversammlung sehen, die eine Gratisaktienausgabe beschliesst, welche zur Folge hat, dass die bereits vorhandenen Aktien entwertet werden! Ich bin der Auffassung, dass es sich immer um eine Ueberführung von Geschäftsreserven in das Privateigentum der Aktionäre handelt. Gratisaktien entsprechen damit vielleicht nicht einer Barzuwendung, wie sie eine Dividende darstellt, aber einer Naturalzuwendung, und auch Naturalzuwendungen, Naturalerträge sind im Prinzip steuerpflichtig. Auch wenn Sie ein Auto geschenkt oder als Lohnbestandteil erhalten, ist das für Sie kein Bargeld, aber der Wert ist zu besteuern; denn Sie könnten ihn ja jederzeit realisieren. Für den Aktionär bedeutet die Gratisaktie eine Vermögensvermehrung. Die aufwendige Bürokratie, welche mit der ständigen Kontrolle der Besitzverschiebung verbunden wäre, sollte man sich ersparen und auf die Aufschiebung der Steuerpflicht, die heute unbestritten ist – auch vom Ständerat – verzichten.

Es ist noch darauf hinzuweisen, dass heute nach dem Gesetz über die Verrechnungssteuer bei der Ausgabe von Gratisaktien die Verrechnungssteuer erhoben wird. Wir müssten das Verrechnungssteuergesetz abändern, wenn Sie hier Steuerfreiheit beschliessen, und dann müsste man entscheiden, ob die Verrechnungssteuer beim Staat behalten und erst bei der Veräusserung der entsprechenden Gratisaktie zurückerstattet und angerechnet wird an die nach Jahren fällige Steuer, oder ob man beschliessen will, die Verrechnungssteuer werde zurückerstattet und man überlasse es dem Zufall, ob man in einem späteren Zeitpunkt die Besteuerung der Gratisaktien überhaupt noch handhaben kann.

Ich beantrage Ihnen, der Kommissionsmehrheit zuzustimmen und die Gratisaktien bei der Ausgabe zu besteuern.

**M. Salvioni, rapporteur:** Vous avez ici à choisir entre deux solutions qui ont été données au problème de la distribution

d'actions gratuites. Nous ne discutons pas ici du principe de l'imposition fiscale des actions gratuites, nous discutons seulement de la formule, c'est-à-dire: quand l'imposition doit-elle avoir lieu?

Le Conseil des Etats a trouvé une formulation selon laquelle les actions gratuites, comme les augmentations gratuites de la valeur nominale, etc., sont imposables au moment d'une aliénation, c'est-à-dire que, lorsque le contribuable reçoit des actions gratuites, il n'est pas imposable au moment où il les reçoit mais quand il vend ces actions gratuites qu'il a reçues. C'est le moment où il réalise le bénéfice. Telle était l'idée du Conseil des Etats. Et pour faciliter l'examen des problèmes qui surgissent, le Conseil des Etats a ajouté qu'«il y a lieu d'admettre qu'en cas d'aliénation, ce sont d'abord les valeurs acquises à titre gratuit qui quittent la fortune privée», c'est-à-dire que s'il y a une vente d'actions, la loi formule une supposition selon laquelle les premières actions vendues sont des actions gratuites.

C'est une amélioration vis-à-vis de la proposition Bremi qui ne prévoyait pas l'imposition au moment de l'aliénation mais au moment de la liquidation de la société, ce qui est encore différent. Cette proposition avait passé au Conseil national et prévoyait que les actions gratuites auraient été imposées au moment où la société aurait été liquidée.

Celle du Conseil des Etats se rapproche un peu plus de la solution que nous avons trouvée mais elle présente des difficultés dans la pratique. Avant tout, on ne parvient pas à éliminer toutes les lacunes sur deux points essentiels. L'impôt anticipé n'est pas prélevé sur l'émission gratuite des bons de participation avec valeur nominale et dans de tels cas, les autorités de taxation ne jouiraient pas de la possibilité de contrôle nécessaire.

Il est vrai que cette lacune doit être éliminée dans le cadre de la révision en cours du droit des sociétés anonymes mais jusqu'à ce moment-là, il faudra bien s'accommoder de cet inconvénient. On ne peut, d'autre part, ignorer que la décision du Conseil des Etats d'ajourner l'imposition des actions gratuites jusqu'à leur aliénation se heurtera, sans doute, à des difficultés d'ordre pratique. Que l'on songe, par exemple, aux partages successoraux, aux changements de domicile, aux départs à l'étranger, aux aliénations au terme d'une durée de possession de quinze à vingt ans. Il est à relever, à cet égard, que ces problèmes prendraient une ampleur encore plus grande si l'imposition, selon le système *praenumerando* bisannuel, devait passer et être maintenue.

C'est la raison pour laquelle entre les deux solutions qui prévoient toutes les deux l'imposition des actions gratuites, mais dont l'une diffère l'imposition au moment de la vente des actions tandis que l'autre prévoit l'imposition au moment de la distribution, la commission a décidé de trancher pour l'imposition au moment de la distribution.

Il faut souligner que la distribution d'une action est en réalité la distribution d'argent parce qu'il s'agit de la distribution de réserves de la société anonyme qui passent de réserves à capital-actionnaire. Il est vrai que si l'on veut faire un compte mathématique ou numérique, le total de la valeur de la société ne change pas parce que les réserves sont passées en capital-actions, sans augmentation.

Mais le même discours pourrait être fait avec les revenus: quand le dividende passe du bilan de la société aux actionnaires, c'est une diminution du capital, donc de la valeur totale des actions; avec ce raisonnement, il ne faudrait même pas imposer les bénéficiaires.

C'est la raison pour laquelle, au fond, puisque l'action est un bien commercialisable, je pense que la solution de la commission peut être retenue et qu'elle est même plus facile à appliquer dans la pratique. C'est la raison pour laquelle je vous demande d'appuyer la solution que vous propose la commission.

**Bundesrat Stich:** Der Grundsatz der Besteuerung der Gratisaktien ist jetzt unbestritten. Ich muss Frau Spoerry noch einmal sagen, dass man diese Besteuerung wieder aufgenommen hat, nachdem das Parlament die Beteiligungsgewinn-

steuer abgelehnt hat. Das war der Grund für die Aufnahme. Aber der Grundsatz der Besteuerung der Gratisaktien wurde weder im Ständerat noch im Nationalrat bestritten. Die Frage ist, wann besteuert werden soll. Hier empfehle ich Ihnen, Ihrer Kommission zuzustimmen. Es entspricht auch unserer Auffassung, dass im Moment, da die Gratisaktie übergeben wird, effektiv eine Uebergabe aus Reserven an das private Vermögen entsteht. In diesem Moment besteht auch die Steuerpflicht. Alles andere bedeutet einen Aufschub in die Zukunft mit unerhörten administrativen Kontrollaufwendungen. Das liegt heute schlicht und einfach nicht mehr drin.

Die beiden Kommissionsreferenten haben auch darauf aufmerksam gemacht, dass die Lösung der Kommission dem heutigen Verrechnungssteuergesetz entspricht. Alles andere würde zusätzliche Schwierigkeiten bringen.

Ich bitte Sie, Ihrer Kommission zuzustimmen. Sie leisten damit einen Beitrag zu einer effizienten und unbürokratischen Steuerverwaltung.

#### Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit	48 Stimmen
Für den Antrag der Mehrheit	55 Stimmen

#### Art. 20 Abs. 2

##### Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

#### Art. 20 al. 2

##### Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

**Reichling**, Berichterstatter: Bei der seinerzeitigen Verlagerung der Gratisaktienbesteuerung in den Absatz 1 ist die Regelung für die Besteuerung von Bezugsrechten entfallen. Der Ständerat hat diese Bestimmung zu Recht wieder aufgenommen.

Die Kommission beantragt Zustimmung zum Ständerat.

**M. Salvioni**, rapporteur: Cette modification est la conséquence de la décision que nous venons de prendre sur l'imposition des actions gratuites et de la participation. Votre commission vous propose d'accepter la décision de biffer qu'a prise, à juste titre, le Conseil des Etats.

#### Angenommen – Adopté

#### Art. 21 Abs. 2

##### Antrag der Kommission

... Verhältnisse und der tatsächlichen Nutzung der am Wohnsitz selbstbewohnten Liegenschaft.

#### Art. 21 al. 2

##### Proposition de la commission

La valeur locative est déterminée compte tenu des circonstances locales et de l'utilisation effective du logement au domicile du contribuable.

**Frau Spoerry**: Im Namen der FDP-Fraktion möchte ich eine generelle Bemerkung zur Eigenmietwertbesteuerung anbringen.

Der Artikel, wie wir ihn zusammen mit dem Ständerat voraussichtlich verabschieden werden, enthält gegenüber dem geltenden Recht zwei Aenderungen: Zum ersten soll neu die tatsächliche Nutzung einer Liegenschaft berücksichtigt werden können, und zum zweiten soll auf die ortsüblichen Verhältnisse Rücksicht genommen werden. Ich spreche nur zu diesem zweiten Punkt, zu den ortsüblichen Verhältnissen.

Nach dem heutigen Recht hat der Bundesrat die volle Freiheit, den Eigenmietwert in den Kantonen nach seinem Gutdünken festzusetzen. Er macht von dieser Freiheit auch ausgiebig Gebrauch. Für bald die Hälfte der Kantone gilt im Bundessteuerrecht ein anderer Eigenmietwert, als die entsprechenden Kantone für ihre Steuerpflichtigen festlegen. Dies ist unter verschiedenen Titeln unerwünscht: zum einen administrativ, zum

anderen vor allem deswegen, weil solche Interventionen bei den Kantonen zu Unruhe, um nicht zu sagen zu einem Aufruhr, führen. Der Eigenmietwert ist in den jeweiligen Kantonen eine politisch hart ausgehandelte Grösse. Wenn man einen Konsens gefunden hat, mag man es nicht so gerne, wenn mit Diktat von oben ein anderer Eigenmietwert festgelegt wird.

Dies gilt ganz besonders für jene Kantone, die sich bemühen, ihre Eigenmietwertbesteuerung den steigenden Mietpreisen anzupassen und die Eigenmietwerte entsprechend zu erhöhen, wie das beispielsweise im Kanton Zürich mit einer 15-prozentigen Anhebung erfolgt ist, während der Bund für die Bundessteuern 40 Prozent aufgeschlagen hat.

Ihre vorberatende Kommission war der Meinung, dass dieser unbefriedigende Zustand zumindest abgebaut werden soll und dass der Bund in Zukunft mehr Rücksicht zu nehmen habe auf die ortsüblichen Verhältnisse. Unter ortsüblichen Verhältnissen versteht die Kommission in erster Linie den ortsüblichen Eigenmietwert, der seinerseits unter Berücksichtigung des Wohnungsmarkts im entsprechenden Kanton festgelegt wird.

Man hat nun aber aufgrund von Äusserungen seitens der Steuerverwaltung zur Kenntnis nehmen müssen, dass sie die Aenderung dieses Gesetzesartikels nicht so verstanden haben will und auch nach Verabschiedung dieses Gesetzes offenbar keinen Anlass sieht, mit ihren Eingriffen in die Eigenmietwertbesteuerung der Kantone etwas zurückhaltender umzugehen.

Es liegt uns deshalb daran, an dieser Stelle nochmals festzuhalten, was die Kommission mit der Formulierung «Berücksichtigung der ortsüblichen Verhältnisse» gemeint hat. Diese Formulierung soll dazu führen, dass wir in Zukunft in der Regel für die Bundessteuer und die kantonalen Steuern die gleichen Eigenmietwerte haben. Wenn heute bald einmal die Hälfte der Kantone einen anderen Eigenmietwert festsetzt, als dies der Bund für richtig empfindet, liegt doch eigentlich der Schluss nahe, dass bei diesem Problem nicht unbedingt der Bund richtig liegt.

**Bundesrat Stich**: Hier muss ich Frau Spoerry ganz eindeutig widersprechen. Mit den ortsüblichen Eigenmietwerten sind nicht die kantonalen Eigenmietwerte gemeint. So ist es nicht, Frau Spoerry, sondern man will Rücksicht nehmen auf die unterschiedlichen Verhältnisse auch in den Kantonen – das ist ganz selbstverständlich –, auf die unterschiedlichen Verhältnisse in den Gemeinden. Aber der Ausgangspunkt ist immer der Marktwert in der entsprechenden Gemeinde, im entsprechenden Kanton. Die Eidgenössische Steuerverwaltung hat schliesslich den Auftrag, dafür zu sorgen, dass eidgenössische Gesetze in der ganzen Schweiz gleich durchgesetzt werden und dass nach dem gleichen Massstab gemessen wird. Es ist nicht so, Frau Spoerry, dass man mit diesen 40 Prozent gegenüber dem Aufschlag von 15 Prozent – wie ihn der Kanton Zürich vorgenommen hat – diese Anpassung an den Marktwert im Kanton Zürich erreicht hätte. Wir haben heute noch in sehr vielen Kantonen grosse Unterschiede. Das bedeutet auch für die Steuerverwaltung zusätzliche Arbeit. Die Steuerverwaltung ist verpflichtet, dafür zu sorgen, dass eidgenössisches Recht überall gleich angewendet wird.

Das wollte ich doch ganz klar festhalten, damit man sich nicht später auf Ihr Votum bezieht und glaubt, man könne damit die eidgenössischen Gesetze abändern.

**Feigenwinter**: Ich unterstütze die Auslegung, die Frau Spoerry hier gegeben hat, vollumfänglich. Wenn Sie die Entstehungsgeschichte dieser Eigenmietwertbestimmung im direkten Bundessteuergesetz verfolgen, werden Sie feststellen, dass wir ursprünglich – und vor allem der Ständerat – von der Verkehrswertbesteuerung ausgegangen sind, dann eine Pauschale zum Abzug zulassen wollten und sogar noch eine Begrenzung dieser Pauschale von 5000 Franken eingeführt haben. Der Nationalrat hat in der Kommission auf meinen Antrag hin den Begriff der «Ortsüblichkeit des Eigenmietwertes» eingeführt. Ortsüblichkeit bezüglich des Eigenmietwertes kann in diesem Zusammenhang nur heissen, dass der Bund Rücksicht zu nehmen hat auf die ortsüblichen Verhältnisse, wie sie

in einem Kanton Geltung haben. Die Kantone legen ja den Eigenmietwert in ihren eigenen Steuergesetzen fest.

Wie Frau Spoerry ausgeführt hat, ist das immer ein sehr, sehr empfindliches politisches Geschäft. Es verträgt in dieser Angelegenheit fast nichts. Man kann da nicht beliebig am Schraubchen drehen. Das genau macht der Bund seit Jahren. Die Entwicklung verläuft so, dass die Eigenmietwertanrechnungen für die direkte Bundessteuer ständig nach oben korrigiert worden ist und sich immer mehr von den kantonalen Eigenmietwerten entfernt. Genau dies wollen wir mit dem Begriff «Eigenmietwert» im Grunde genommen nicht mehr zulassen. Der Bund soll auch in seiner Gesetzgebung und in der Vollziehungsverordnung zu diesem Bundesgesetz den Begriff der «Ortsüblichkeit» festlegen. Das heisst in der Regel – das ist ja auch für den Bürger vernünftig und verständlich –, dass der Bund ungefähr die gleichen Eigenmietwerte festsetzt wie der Kanton. Das und nichts anderes war der Sinn des Begriffes «Ortsüblichkeit».

Ich wehre mich gegen die Auslegung, die Herr Bundesrat Stich gibt. Er macht sehr, sehr in Fiskalismus. Ich habe von einem entsprechenden Bundesgerichtsurteil gehört, wonach die Eidgenössische Steuerverwaltung bei Wohnbaugenossenschaften, deren Mieten etwas tiefer sind als marktübliche Mietzinse, den Genossenschaften die Eigenmietwerte heraufsetzt und die Differenz den Genossenschaften erst noch als geldwerte Leistung aufrechnet. Hier sind wir auf einem fiskalistischen Weg, den ich nicht mehr zu gehen gewillt bin. Deshalb ist es wichtig, den Begriff «Ortsüblichkeit» richtig auszulegen.

**M. Coutau:** J'ai peu de chose à ajouter. Je m'étonne un peu qu'après les débats assez longs que nous avons consacrés à cette question extrêmement délicate et politiquement très sensible de la valeur locative des immeubles habités par leurs propriétaires, le Conseil fédéral ne semble pas avoir bien saisi l'interprétation que nous avons voulu donner à cette notion dans la commission. Je demanderai avec insistance aux représentants de la commission, aux deux rapporteurs, de bien préciser qu'effectivement l'interprétation que nous avons donnée de cette notion de circonstances locales à laquelle nous nous sommes référés pour introduire le calcul de la valeur locative était conforme à ce que Mme Spoerry et M. Feigenwinter viennent de vous exposer et non pas une autre notion qui, à ma connaissance, n'a pas trouvé l'agrément de la majorité de la commission.

**Reichling, Berichterstatter:** Ich möchte zuerst zur Differenz zwischen den beiden Räten sprechen, auf die Diskussionsvoten eingehen und vielleicht auch noch etwas zur Interpretation dieses Textes beitragen.

Der Ständerat hat gegenüber unserem letzten Beschluss eine Präzisierung vorgenommen, ohne damit eine materielle Änderung herbeizuführen, denn von Seiten der Kommissionsprecher haben wir schon bei der ersten Behandlung erklärt, dass eine Berücksichtigung der Nutzung nur für die Wohnung am Wohnsitz gelten könne und nicht auch für Zweit- und Drittwohnungen anderswo. Dort kommt die normale Eigenmietwertfestsetzung zur Anwendung. Zusätzliche Wohnungen sollen unabhängig von der Nutzung besteuert und bewertet werden.

Bei der Wohnung am Wohnsitz, bei der die Nutzungsmöglichkeit berücksichtigt werden sollte, handelt es sich um die räumliche Nutzungsmöglichkeit. So sollen die zurückbleibenden Eltern wegen Verkleinerung der Familie, Wegzug der Kinder nicht einen über Gebühr hohen Eigenmietwert versteuern müssen, weil sie das eigene Haus nicht mehr voll ausnützen können. Hingegen hat die zeitlich begrenzte Nutzung – wenn jemand während dreier Monate in den Ferien ist und die Wohnung zu Hause leersteht – keinen Einfluss auf den Eigenmietwert. Wegen Abwesenheit wird er nicht reduziert, er wird nur reduziert, wenn die Wohnung, die zu gross geworden ist, von der zurückbleibenden Familie nicht mehr voll ausgenützt werden kann. Das ist zu verstehen unter «Berücksichtigung der Nutzungsmöglichkeit». Der Ständerat hat das präzisiert, und der Nationalrat hat noch eine etwas elegantere Formulierung

dafür gesucht; materiell besteht keine Differenz, nur redaktionell. Wir beantragen Ihnen, dieser einfacheren Fassung der nationalrätlichen Kommission zuzustimmen.

Nun zur Diskussion: In der Kommission lagen verschiedene Anträge vor. Sie kennen die uralte Forderung der Hauseigentümer, dass der Eigenmietwert überhaupt nicht besteuert werden soll. Die Kommission hat sich auch darüber – allerdings schon vor der ersten Lesung – eingehend unterhalten. Wir haben verschiedene Modelle geprüft und sind schlussendlich zur Auffassung gekommen, dass man aus Gründen der Rechtsgleichheit gegenüber dem Mieter dem Wohnungs- und Hauseigentümer einen Eigenmietwert für die Besteuerung anrechnen oder dem Mieter die Abzugsfähigkeit der Miete zugestehen muss. Letzteres wollte man nicht, und deshalb ist der Eigenmietwert zu besteuern.

Nun herrschte generell aber auch die Meinung, man solle diesen Eigenmietwert nicht zu einem maximalen Verkehrswert besteuern. Der Ständerat ist vorangegangen, indem er einen Abzug vom Verkehrswert in Vorschlag gebracht hat. Es hat sich dann allerdings gezeigt, dass an verschiedenen Orten die Anwendung der ständerätlichen Fassung auch mit diesem Abzug zu einer Erhöhung der Eigenmietwerte geführt hätte, wie sie heute in den Kantonen gehandhabt werden.

Es hat auch ein Antrag vorgelegen, man solle generell auf die Eigenmietwertfestsetzung der Kantone abstellen – auch beim Bund. Dieser Antrag ist von der Kommission so nicht beschlossen worden. Man hat in der Kommission nicht beschlossen, wie Frau Spoerry gesagt hat, einfach die Eigenmietwertfestsetzung der Kantone zu übernehmen. Der Antrag Spoerry ist von der Kommission zugunsten des Antrags Feigenwinter «ortsüblich» abgelehnt worden.

Es ist zweifelsohne so – das habe ich schon bei der ersten Behandlung gesagt –, dass der Bund nicht gehalten ist, die Eigenmietwertfestsetzungen der Kantone einfach zu akzeptieren. Wenn krasse Unterbewertungen vorkommen, kann der Bund zur Durchsetzung seines Steuergesetzes durchaus selbst einen Eigenmietwert festsetzen. Es war aber ebenso Auffassung der Kommissionsmehrheit, dass der Bund, wenn sich der Kanton bemüht, den Wertverhältnissen periodisch Rechnung zu tragen und neue Eigenmietwerte festzusetzen, nicht ohne Not von diesen Festsetzungen abweichen sollte. Eine genaue, starre Regel können wir hier nicht aufstellen. Es ist eine Frage des Ermessens. Wenn ich die Kommissionsmeinung richtig interpretiere, sollte der Bund im Abweichen von den kantonalen Eigenmietwertfestsetzungen sehr zurückhaltend sein und nur dort, wo eigentliche Bevorzugungen festgestellt werden können, davon abweichen. Die Meinung der Kommission, wie sie hier zum Ausdruck gebracht werden müsste, würde etwa zwischen der Auffassung von Frau Spoerry, Herrn Coutau und Herrn Feigenwinter einerseits und derjenigen von Herrn Bundesrat Stich andererseits liegen.

**M. Salvioni, rapporteur:** La différence entre le texte proposé par la commission du Conseil national et le texte voté par le Conseil des Etats est purement rédactionnelle. Les principes ne changent pas. Le Conseil des Etats avait décidé: «la valeur locative est déterminée compte tenu des circonstances locales. Pour un logement occupé par le contribuable à son domicile, on prendra en considération l'utilisation effective». Le Conseil des Etats avait introduit le principe que cette «modération» était applicable au premier domicile seulement, et non à un deuxième ou troisième logement. La commission du Conseil national a déclaré: «La valeur locative est déterminée compte tenu des circonstances locales et de l'utilisation effective du logement au domicile du contribuable». Le principe du domicile principal est maintenu mais la phrase est plus simple, plus claire.

En ce qui concerne l'intervention de Mme Spoerry et de M. Feigenwinter, il s'agit d'un problème délicat qui a été longuement discuté en commission. Si l'on n'a pas abouti à une formulation précise, c'est dû au fait que ce problème ne permettrait pas d'arriver à une formulation satisfaisante pour tout le monde. Il y a des différences d'appréciation, d'évaluation des immeubles d'un canton à l'autre. La tendance du Conseil fédéral et de la Confédération est d'aboutir à une harmonisa-

tion de toutes ces évaluations, c'est-à-dire d'arriver à une situation dans laquelle on ne crée pas d'injustices entre deux propriétaires situés dans des cantons différents.

Par ailleurs, la commission était soucieuse d'éviter que des personnes, qui occupent un logement dans un immeuble qu'elles possèdent et qui subit une augmentation importante de valeur, ne se trouvent dans la difficulté de payer des impôts sur un immeuble dont seule la valeur a changé et ne soient plus en mesure d'assumer cette habitation, surtout si telle personne active est devenue rentière et si les enfants ont quitté la maison. Ce sont des considérations sociales qui ont déterminé le texte. Je vous rappelle que le Conseil des Etats avait décidé une diminution de 30 pour cent et un maximum de 5000 francs sur la valeur d'estimation des immeubles. Ce n'était pas une solution satisfaisante car elle ne pouvait résoudre le problème.

C'est la raison pour laquelle le Conseil des Etats s'est rallié à notre solution – je pense que c'est important de le citer.

«Der Nationalrat hat nun eine andere Fassung beschlossen, und zwar die Festsetzung des Eigenmietwertes unter Berücksichtigung der ortsüblichen Verhältnisse und der tatsächlichen Nutzung. Sowohl Ständerat als Nationalrat gehen von der Tatsache aus, dass die Förderung des privaten Wohnungs- und Hauseigentums eine verfassungsmässige Aufgabe des Bundes ist.»

Dans une certaine mesure on voulait aller à la rencontre des propriétaires d'immeubles qui les occupent.

Je partage l'avis du président: il s'agit d'une question de mesure. La solution doit être trouvée par la jurisprudence à mi-chemin entre les désirs de ceux qui voudraient que la valeur locative ne soit pas ou très peu imposée, et le désir du Conseil fédéral d'arriver à une imposition qui corresponde à la valeur vénale de l'immeuble. Ce n'était certainement pas le désir de la commission d'arriver à une imposition qui corresponde strictement à la valeur vénale. C'est une conclusion que je peux tirer des travaux de celle-ci. Je pense qu'il y a eu unanimité, c'est-à-dire que la commission n'a pas voulu que l'on applique strictement la valeur vénale aux immeubles habités par les propriétaires. C'est la raison pour laquelle on a introduit une modération. Cette modération c'est: «les circonstances locales et l'utilisation effective». Les «circonstances locales sont les raisons objectives et l'»utilisation effective« est une condition subjective, personnelle. Ces deux conditions devront contribuer à modifier, dans une certaine mesure, les évaluations strictement comptables d'estimation de la valeur vénale. Sur ce point, mon opinion correspond exactement à l'opinion de la commission pendant les travaux.

**Bundesrat Stich:** Es ist erstaunlich, dass man in einer Differenzvereinbarung auf ein Problem zurückkommt, das bereits entschieden ist. In der Kommission hat Frau Spoerry einen Antrag eingereicht: «Für die Festlegung des steuerbaren Eigenmietwertes der durch den Steuerpflichtigen selbst bewohnten Wohnung ist auf die ortsüblich festgelegten Werte abzustellen.» Er ist aber von der Kommission abgelehnt worden und zwar ganz klar, weil er dem dem Gleichheitsgebot der Bundesverfassung widerspricht. Ein solcher Antrag ist verfassungswidrig. Man muss zwei Dinge auseinanderhalten – das ist auch gesagt worden –: Auf der einen Seite gibt es überall einen gewissen Marktwert. Man weiss, was eine Wohnung kostet, die so und so ausgestattet ist in einem bestimmten Dorf. Grundsätzlich wäre das der Wert, der in der ganzen Schweiz angewendet werden muss. Aber natürlich ist der Marktwert in Zürich anders als beispielsweise in einem Seitental des Kantons Graubünden. Das ist selbstverständlich. Hierauf muss man Rücksicht nehmen. Das Zweite, Subjektive ist an sich zu begreifen und ihm hat die Kommission Ausdruck gegeben: Man sollte, wenn eine Familie kleiner wird, wenn die Wohnung nicht mehr angemessen ist, sofort den Mietwert erhöhen. Möglicherweise kann aber eine solche Familie dieses Haus nicht mehr halten. Das wollte man im Grunde genommen vermeiden. Das ist an sich zu begreifen und wird jetzt zweifellos auch so gehandhabt in der Zukunft, obwohl es administrativ nicht ganz einfach ist.

Aber wenn man an andere Probleme denkt, die Sie vordringlich behandeln wollen – Bodenspekulation, Uebernutzung des Bodens usw. –, müsste man sagen, dass eine Vorschrift, die es ermöglicht, dass eine Einzelperson ein Haus bewohnt und dafür durch den Staat noch belohnt wird, natürlich falsch ist. Das muss man ganz klar sehen, auch wenn es aus sozialen Gründen gerechtfertigt sein mag.

Ich will auf das Grundsätzliche zurückkommen. Ich habe selber in der Kommission einmal den Vorschlag gemacht, wir sollten auf die Besteuerung des Eigenmietwertes verzichten, allerdings mit der ganz klaren Konsequenz, dass auch die Abzüge für die Schulden und die Abzüge für den Unterhalt und für die Versicherungen nicht mehr gemacht werden könnten. Heute haben wir in der Eidgenossenschaft die Situation, dass, wenn wir vom Marktwert ausgehen, einzelne Kantone von uns aus gesehen dieses Ziel bis zu etwa 90 Prozent erreichen. Wir haben aber andere Kantone, die den Eigenmietwert bei etwa 60 Prozent des Marktwerts besteuern. In diesem Fall muss ich die Steuerverwaltung nicht entschuldigen, wenn sie den Marktwert, den der Kanton Zürich festlegt, nicht übernimmt, sondern es ist angemessen, dass auch in Zürich eine vernünftiger, angemessenere Besteuerung im Verhältnis zur übrigen Schweiz stattfindet. Ich möchte dem Kanton Zürich dabei nicht nahetreten. Er ist nicht der grösste Sünder, und er ist nicht der einzige Kanton, bei dem wir abweichende Zuschläge aufgrund abweichender Schätzungen für Eigenmietwerte erheben. Sie müssen sich aber auch überlegen, was es bedeutet, wenn man hier nicht konstant Anpassungen vornimmt. Am korrektesten wäre an sich, die Eigenmietwerte jedes Jahr entsprechend dem Mietindex anzupassen: Es herrscht eine sehr starke Zinsentwicklung; die Hypothekarzinsen steigen sehr stark. Das wird bedeuten, dass alle Mieter höhere Mietzinse bezahlen müssen. Bei den Steuern spielt das für sie keine Rolle: sie haben deshalb kein Recht, Abzüge vorzunehmen. Für den Hauseigentümer bedeutet es natürlich, dass er höhere Hypothekarzinsen bezahlen muss, und diese höheren Hypothekarzinsen kann er von seinem erzielten Einkommen abziehen. Auf der andern Seite bleibt der Eigenmietwert gleich, d. h. Bund, Kanton und Gemeinde bevorzugen den Hauseigentümer.

Dass es richtig ist, gegenüber kantonalen Einschätzungen gelegentlich Korrekturen vorzunehmen, hat mir einmal auch ein kantonaler Finanzdirektor bestätigt. In seinem Kanton besteht die Möglichkeit, die Steuerfaktoren aufzusplitteln und auszurechnen. Dieser Finanzdirektor hat erklärt: Wenn er die Eigenmietwerte, die versteuert werden, vergleiche, dann ergebe das 220 Millionen; wenn er aber dann zusammenzähle, was für die Wohnungen der Hauseigentümer abgezogen werde, dann seien das 260 Millionen. Das bedeutet nichts anderes, als dass der Bund auf Einkommen in der Summe von 40 Millionen im Grunde genommen nicht Steuern einkassiert, sondern eine Subvention bezahlt. Das ist sachlich nicht gerechtfertigt, auch wenn es in der Bundesverfassung heisst, der Bund solle das Eigentum fördern. Es heisst in der Bundesverfassung nicht, man solle den geben, die schon haben. Das ist vielleicht auch eine falsche Interpretation, Herr Feigenwinter, wie Sie die Verfassung auslegen. Man müsste die Eigentumsförderung vielleicht so sehen, dass man dort hilft, wo nichts ist, dass man Menschen hilft, zu etwas Eigentum zu kommen. Dann wären wir uns wieder einig. Dass es aber darum geht, denen zu geben, die schon haben, steht bis heute nicht in der Bundesverfassung. Deshalb sind wir und die Steuerverwaltung ganz einfach verpflichtet, für eine rechtsgleiche Behandlung in allen Kantonen zu sorgen. Das wird auch in der Zukunft selbstverständlich bedeuten, dass die Eigenmietwerte wieder angepasst werden. Wenn es die Kantone nicht genügend tun, tut es der Bund.

**M. Salvioni, rapporteur:** Je pense qu'il faut faire une remarque sur les matériaux parce qu'un jour il faudra bien interpréter cette loi. Je dois dire, Monsieur le Conseiller fédéral, que la commission n'était pas de votre avis. S'il s'était agi de dire que les valeurs sont inégales dans les différentes régions de la Suisse, il était absolument inutile de proposer un article de loi. C'est l'évidence même, ceux qui font des estimations savent

qu'il y a des valeurs différentes selon les régions. Si on a voulu inscrire dans le texte que la valeur locative est déterminée compte tenu des circonstances locales, cela signifie qu'il faut considérer une situation objective particulière, au-delà de l'estimation officielle. Sinon, ce serait inexplicable, et on aurait inséré une disposition insensée. Je ne peux pas admettre, au nom de la commission, que l'on produise des lois insensées. En ce qui concerne la deuxième partie, la condition subjective, vous avez admis qu'il faut tenir compte des situations subjectives, la chose est donc claire. Pour la première partie, je tenais à souligner, au nom de la commission et pour les matériaux, que la volonté de la commission était bien celle-là, c'est-à-dire au fond de substituer la proposition du Conseil des Etats d'opérer une réduction de 30 pour cent jusqu'à 5000 francs. On n'a pas voulu se fixer sur des chiffres, on a simplement voulu dire qu'il faut en tenir compte et ne pas appliquer strictement la valeur d'estimation, il faut la modérer. C'est effectivement la volonté de la commission.

*Angenommen – Adopté*

#### **Art. 24 Bst. b und h**

*Antrag der Kommission*  
Festhalten

#### **Art. 24 let. b et h**

*Proposition de la commission*  
Maintenir

**Reichling**, Berichterstatter: Die Differenz bei Buchstabe b ist lediglich die Auswirkung unseres Beschlusses bei Artikel 20 Absatz 1 Buchstabe a. Wir müssen darüber nicht mehr befinden.

Ich spreche jetzt zu Buchstabe h. Die Kommission beantragt Ihnen mehrheitlich Festhalten an Buchstabe h, obwohl die Steuerbefreiung der Ergänzungsleistungen nicht zum Grundsatz der Steuerbefreiung für Beitragsleistungen an Vorsorgeeinrichtungen und der Steuerpflicht für die Leistungen solcher Einrichtungen passt. Der Beschluss ist vermutlich zustande gekommen, weil für die direkte Bundessteuer kaum eine Auswirkung zu erwarten ist. Bezüger von AHV-Ergänzungsleistungen erreichen kaum den steuerfreien Einkommensbetrag. Für die Staatssteuer hingegen müsste vermutlich in mehreren Kantonen mit einem Steuerausfall gerechnet werden; im Harmonisierungsgesetz dürften wir das also nicht beschliessen. Die Leistungen aus staatlichen und privaten Vorsorgeeinrichtungen sind im Prinzip steuerbar.

Obwohl es eigentlich nicht ins Gesetz passt und sachlich unrichtig ist, beantragt Ihnen die Kommission mit 13 gegen 7 Stimmen, an ihrem letzten Beschluss festzuhalten.

**M. Salvioni**, rapporteur: En ce qui concerne l'article 24, lettre b, nous devons la maintenir parce que le problème a déjà été résolu avec la votation à propos de l'article 5. Il n'y a donc pas de problème particulier ici.

Pour la lettre h, il s'agit d'une question mineure. La commission avait décidé de ne pas imposer les prestations complémentaires de l'assurance-vieillesse. C'était un geste que la commission a voulu faire parce qu'on doit supposer en général que les bénéficiaires des prestations complémentaires AVS ont un revenu très bas et qu'il serait évidemment plus raisonnable de ne pas les imposer. On a argué que la modification était inutile puisqu'elles ne seraient de toute façon pas imposées, leur revenu n'étant pas suffisant pour déclencher une imposition, ou alors l'imposition serait minime. Par conséquent, ce n'est qu'un problème de principe. La commission a décidé cependant de vous proposer de maintenir l'exonération des prestations complémentaires de l'assurance-vieillesse et invalidité.

*Angenommen – Adopté*

#### **Art. 29 Abs. 1 Bst. d**

*Antrag der Kommission*  
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

#### **Art. 29 al. 1 let. d**

*Proposition de la commission*  
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

**Reichling**, Berichterstatter: Der Nationalrat hat bei der ersten Behandlung unter Buchstabe d zusätzliche steuerfreie Rückstellungen für Betriebsumstellungen und -umstrukturierungen beschlossen. Der Ständerat findet zusätzliche Rückstellungen sinnvoller für zukünftige Forschungs- und Entwicklungsaufträge. Dabei wird eine relative und eine absolute Begrenzung vorgesehen. Diese Begrenzungen zeigen, dass es sich nicht um die Bedürfnisse grosser Unternehmungen handelt, welche jährlich die mehrfachen Beträge für Forschung ausgeben. Anvisiert sind die Forschungsbedürfnisse kleiner Betriebe, welche nur mit zeitlichen Unterbrüchen anfallen, dann aber die direkte Finanzierungsmöglichkeit aus einem einzigen Jahresertrag überschreiten.

Die Kommission beantragt Ihnen mehrheitlich, dem Ständerat zuzustimmen. Die ablehnenden Stimmen wären eher als Verzicht auf den Buchstaben d zu werten als auf ein Festhalten am bisherigen Beschluss.

Der Beschluss, den Sie jetzt fassen, gilt gleichzeitig für Artikel 69 Absatz 1 Buchstabe d bei den juristischen Personen.

**M. Salvioni**, rapporteur: A l'article 29, lettre d, vous vous souvenez peut-être que nous avons décidé qu'on pouvait constituer des provisions à la charge du compte de résultats, pour les dépenses engagées en vue de restructurations ou de transformations d'entreprises rendues nécessaires économiquement. Le Conseil des Etats a changé cette lettre d et nous propose de permettre la constitution de provisions pour de futurs mandats de recherche et de développement confiés à des tiers, jusqu'à 10 pour cent au plus du bénéfice commercial imposable, mais au total jusqu'à un million de francs au maximum. Je ne sais pas personnellement s'il s'agit d'une modification raisonnable, étant donné que chaque fois que nous fixons des chiffres nous nous exposons à des situations imprévisibles: un million pour une grosse société ce n'est rien, mais c'est beaucoup pour une petite société.

La commission a cependant décidé d'accepter cette formulation, toutefois avec quelque perplexité quant à savoir s'il s'agit de provisions ou de réserves. Il est probable qu'au sens technique du mot, il s'agit de réserves plutôt que de provisions. Je vous engage néanmoins à suivre la version de votre commission.

**Bundesrat Stich**: Buchstabe d ist in diesem Artikel einfach systemfremd. Artikel 29 beschäftigt sich mit Rückstellungen zu Lasten der Erfolgsrechnung, und zwar a) für im Geschäftsjahr bestehende Verpflichtungen, deren Höhe noch unbestimmt ist; b) für Verlustrisiken, die mit Aktiven des Umlaufvermögens, insbesondere mit Waren und Debitoren verbunden sind und c) für andere, unmittelbar drohende Verluste, die im Geschäftsjahr bestehen. Aber es wird klar darauf abgestellt, dass Rückstellungen bereits bestehende Verpflichtungen bzw. zu erwartende Verluste sind. Es ist aber nicht richtig, wenn man für zukünftige Aufwendungen sogenannte Rückstellungen machen will.

Wenn Sie der proportionalen Besteuerung zustimmen, ist das hier weniger gravierend. Wenn Sie aber beim Dreistufentarif gemäss Ständerat bleiben würden, wäre das nichts anderes als eine Möglichkeit, den Reingewinn zu manipulieren: Wenn man einmal viel Reingewinn hat, wird er für irgendwelche Forschungsaufträge zurückgestellt. Im nächsten Jahr hat man dann vielleicht nicht mehr so viel Reingewinn. Man kann mit diesem Artikel Steuern sparen. Wenn Sie zur proportionalen Besteuerung übergehen, spielt das allerdings keine Rolle mehr, was ich auch hoffe.

Aber trotzdem muss ich Ihnen beantragen, diesen Buchstaben d zu streichen und dem Bundesrat zu folgen, der hier systemgetreu ist.

**Präsident**: Der Bundesrat beantragt Ihnen, Buchstabe d zu streichen.

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Kommission 72 Stimmen  
 Für den Antrag des Bundesrates 40 Stimmen

**Art. 30 Abs. 3**

*Antrag der Kommission*  
 Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Art. 30 al. 3**

*Proposition de la commission*  
 Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté***Art. 31 Abs. 1**

*Antrag der Kommission*  
 Mehrheit  
 Festhalten  
 Minderheit  
 (Feigenwinter, Cavadini, Loretan, Müller-Wiliberg, Pidoux, Rüttimann, Spoerry)  
 Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Art. 31 al. 1**

*Proposition de la commission*  
 Majorité  
 Maintenir  
 Minorité  
 (Feigenwinter, Cavadini, Loretan, Müller-Wiliberg, Pidoux, Rüttimann, Spoerry)  
 Adhérer à la décision du Conseil des Etats

**Präsident:** Hier geht es zum ersten Mal um den Grundsatz der Bemessungsperiode. Ich beantrage Ihnen deshalb, die Beratung über Artikel 31 einstweilen auszusetzen und die Frage bei Artikel 51 zu diskutieren und zu entscheiden. Wenn Sie diesem Vorschlag zustimmen und nachher bei Artikel 51 entschieden haben, hat das zur Folge, dass sich der Entscheid bei Artikel 51 auswirkt auf die Artikel 31, 35, 39, 51 bis 54, 110, 111, 208 und 209. Sie sind damit einverstanden.

*Verschoben – Renvoyé***Art. 32 Abs. 2**

*Antrag der Kommission*  
 Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Art. 32 al. 2**

*Proposition de la commission*  
 Adhérer à la décision du Conseil des Etats

**Reichling, Berichterstatter:** Die Fahne weist bei Artikel 32 Absatz 2 einen Fehler auf. Effektiv hat der Ständerat mit 25 zu 11 Stimmen beschlossen, gemäss Antrag Delalay dem Nationalrat zuzustimmen. Bei Absatz 2 besteht deshalb keine Differenz. Irrtümlicherweise ist der Kommissionsantrag auf der Fahne geblieben, nicht der Beschluss des Ständerates.

**Art. 32 Abs. 2bis**

*Antrag der Kommission*  
 .... gesetzlicher Vorschriften, im Einvernehmen mit den Behörden oder ....

**Art. 32 al. 2bis**

*Proposition de la commission*  
 Adhérer à la décision du Conseil des Etats  
 (La modification ne concerne que le texte allemand)

**Präsident:** Auch bei Absatz 2bis schloss sich der Ständerat, auf Antrag von Herrn Ständerat Gautier, dem Nationalrat an, wobei das fehlende Komma richtigerweise hinter dem Wort «Vorschrift» eingefügt wurde. Dieses Komma zeigt an, dass es sich hier um eine Aufzählung verschiedener Tatbestände han-

delt. Das entspricht auch dem Beschluss der nationalrätlichen Kommission, wie wir Ihnen das vorgetragen haben. Im Uebereifer hat dann aber der Ständerat wieder ein Komma vor dem Wort «oder» eingefügt. Die Differenz, die hier vorliegt, besteht lediglich darin, diesen Kommafehler wieder zu korrigieren. Das Komma vor dem Wort «oder» fällt also weg.

*Angenommen – Adopté***Art. 33 Abs. 1 Bst. g**

*Antrag der Kommission*  
 Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Art. 33 al. 1 let. g**

*Proposition de la commission*  
 Adhérer à la décision du Conseil des Etats

**Reichling, Berichterstatter:** Bei diesen Beiträgen handelt es sich nicht um eine Differenz, sondern um die in der Zwischenzeit vom Bundesrat vorgenommene Anpassung zur Ausschaltung der kalten Progression. Das sind die heute gültigen Ansätze.

*Angenommen – Adopté***Art. 35 Abs. 1 Bst. c**

*Antrag der Kommission*  
 Festhalten

**Art. 35 al. 1 let. c**

*Proposition de la commission*  
 Maintenir

**Reichling, Berichterstatter:** Die Kommission beantragt Festhalten am Streichungsbeschluss. Es geht darum, ob ein Elternteil, welcher mit Kindern oder unterstützungspflichtigen Personen in einem Haushalt zusammenwohnt, zum Ledigentarif (mit Sozialabzügen) oder zum Verheiratetentarif besteuert werden soll. Der Entscheid in dieser Sache wurde vom Nationalrat in der ersten Behandlung gefällt. Die Kommission beantragt, an diesem Beschluss festzuhalten, d. h. solche unvollständigen Familien zum Ehepaartarif zu besteuern. Grundsätzlich sind beide Varianten möglich. Bei Ledigen und Konkubinatspaaren mag der Ehepaartarif als stossend empfunden werden, bei verwitweten Müttern oder Vätern mag die Zurückstufung zum Ledigentarif als stossend empfunden werden. Von der Belastung her ist die Einordnung bei den Verheirateten richtiger. Diese Meinung hat auch im Ständerat Gehör gefunden: die Zustimmung zum Vorschlag des Bundesrates kam nur mit Stichentscheid des Ständeratspräsidenten zustande.

Wir beantragen Ihnen, an unserem Beschluss festzuhalten.

**M. Salvioni, rapporteur:** A l'article 35, alinéa premier, lettre c, il s'agit du problème de l'extension des déductions du revenu aux familles monoparentales. La lettre c dispose que pour les contribuables veufs, séparés, divorcés ou célibataires, qui font ménage commun avec des enfants ou des personnes nécessiteuses dont ils assurent l'entretien pour l'essentiel, il y a une déduction de 3000 francs. Le Conseil national avait proposé de la biffer, le Conseil des Etats maintient cette déduction en la portant à 3500 francs.

Le problème a déjà été discuté ici lors du premier débat. Il s'agit de savoir s'il est juste et raisonnable de mettre sur le même plan les contribuables mariés, les couples, et les contribuables veufs, séparés, divorcés ou célibataires. En suivant l'arrêt du Tribunal fédéral nous avons modifié les tarifs pour les couples et pour les célibataires. Or, si nous étendons les déductions aux contribuables célibataires mais qui font ménage commun avec des enfants, la différence tombe. C'est donc une question de système. La commission a examiné encore une fois ce problème et elle est arrivée à la conclusion qu'au fond il faut défendre le système qu'on a voulu créer avec cette différence d'imposition entre célibataires et couples,

d'autant plus que cette norme pourrait favoriser encore davantage le concubinage au lieu de favoriser le mariage. C'est pourquoi la commission vous propose de maintenir sa décision de biffer la lettre c.

*Angenommen – Adopté*

**Art. 35 Abs. 2**

*Antrag der Kommission*

*Mehrheit*

Festhalten

*Minderheit*

(Feigenwinter, Cavadini, Loretan, Müller-Wiliberg, Pidoux, Rüttimann, Spoerry)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Art. 35 al. 2**

*Proposition de la commission*

*Majorité*

Maintenir

*Minorité*

(Feigenwinter, Cavadini, Loretan, Müller-Wiliberg, Pidoux, Rüttimann, Spoerry)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

**Präsident:** Die Beratung erfolgt bei Artikel 51.

*Verschoben – Renvoyé*

**Art. 36 Abs. 1**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Art. 36 al. 1**

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté*

**Art. 36 Abs. 2**

*Antrag der Kommission*

Festhalten (nur Einleitungssatz)

**Art. 36 al. 2**

*Proposition de la commission*

Maintenir (seulement la phrase introductive)

**Reichling, Berichterstatter:** Die neuen Tarifansätze, die Sie im Beschluss des Ständerates finden, bedeuten ebenfalls keine Differenz. Sie sind die Auswirkung zur Ausschaltung der kalten Progression, wie sie vom Bundesrat beschlossen wurde und bereits Anwendung findet. Die Differenz im ersten Satz von Absatz 2 entstand aufgrund der soeben beschlossenen Zuweisung der Halbfamilien zum Ehepaartarif.

**M. Salvioni, rapporteur:** Les tarifs ne constituent pas une divergence. C'est une adaptation que nous avons à décider dans la loi mise en vigueur pour les couples mariés. A ce propos, il n'y a rien à dire. La seule différence se trouve à l'alinéa 2 de l'article 36 où se pose à nouveau le problème des familles monoparentales. On vient d'en discuter et vous venez d'en décider ainsi. On vous demande donc de maintenir la même ligne et, par conséquent, la même divergence.

*Angenommen – Adopté*

**Art. 38 Abs. 2**

*Antrag der Kommission*

Festhalten

**Art. 38 al. 2**

*Proposition de la commission*

Maintenir

**Reichling, Berichterstatter:** Wenn gemäss Antrag des Bundesrates Kapitalleistungen als Vorsorge in eine Rente umgerechnet werden, liegen infolge der hohen Freigrenze auch grosse Kapitalleistungen ausserhalb der Steuerpflicht. Der Grund liegt darin, dass diese umgerechneten Renten nicht zum Einkommen hinzu gerechnet werden, sondern separat besteuert werden. Kapitalleistungen bis zu 200 000 und 300 000 Franken bleiben steuerfrei, wenn man sie nach dem Rentensatz separat besteuert. Aus diesem Grunde schlägt Ihnen die nationalrätliche Kommission vor, am Beschluss der ersten Behandlung festzuhalten, nämlich die Kapitalleistungen selbst zu einem reduzierten Satz zu besteuern, damit mindestens bei diesen Kapitalleistungen, welche ursprünglich mit steuerfreien Beiträgen geäuft worden sind, eine angemessene Besteuerung erfolgen kann.

**M. Salvioni, rapporteur:** L'article 38, alinéa 2, suscite une divergence sur la façon de calculer le taux d'impôt pour les prestations en capital provenant de la prévoyance. Nous avons décidé que ce taux aurait dû correspondre au cinquième des barèmes figurant à l'article 36, donc des barèmes que l'on a déjà décidés.

Par contre, le Conseil fédéral avait proposé que cet impôt soit calculé au taux qui serait applicable s'il était servi une prestation annuelle correspondante au lieu de la prestation unique. C'est de cette divergence qu'il s'agit. La commission a encore une fois examiné le problème et vous propose de maintenir notre position, c'est-à-dire d'imposer ces prestations à un taux qui représente le cinquième des barèmes inscrits à l'article 36.

*Angenommen – Adopté*

**Art. 39 Abs. 2**

*Antrag der Kommission*

*Mehrheit*

Festhalten

*Minderheit*

(Feigenwinter, Cavadini, Loretan, Müller-Wiliberg, Pidoux, Rüttimann, Spoerry)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Art. 39 al. 2**

*Proposition de la commission*

*Majorité*

Maintenir

*Minorité*

(Feigenwinter, Cavadini, Loretan, Müller-Wiliberg, Pidoux, Rüttimann, Spoerry)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

**Präsident:** Der Minderheitsantrag zu Artikel 39 bezieht sich wiederum auf die Bemessungsperiode. Sie wird bei Artikel 51 behandelt.

*Verschoben – Renvoyé*

**1. bis 4. Kapitel, Art. 51 bis 54**

*Antrag der Kommission*

*Mehrheit*

Festhalten

*Minderheit*

(Feigenwinter, Cavadini, Loretan, Müller-Wiliberg, Pidoux, Rüttimann, Spoerry)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Chapitres 1 à 4, art. 51 à 54**

*Proposition de la commission*

*Majorité*

Maintenir

*Minorité*

(Feigenwinter, Cavadini, Loretan, Müller-Wiliberg, Pidoux, Rüttimann, Spoerry)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

**Feigenwinter**, Sprecher der Minderheit: Man soll die Hoffnung nie aufgeben, dass man schlussendlich doch noch etwas erreichen kann. Ohne diese Hoffnung hätte ich nicht den Mut, ein drittes Mal hier anzutreten und Sie zu bitten, der zweijährigen Veranlagungsperiode zuzustimmen. Wir haben zu ausgiebig über dieses Thema geredet, und das «Amtliche Bulletin» ist um einiges dicker geworden dank der Weisheiten, die dazu zu Protokoll gegeben worden sind. Eine Einigung haben wir nicht erzielen können. Der Nationalrat hat bisher ständig die einjährige Periode beschlossen, knapp zwar, aber immerhin mit Mehrheiten, die jedesmal kleiner geworden sind. Der Ständerat hat das Gegenteil gemacht. Er hat mit durch nichts zu überbietender Deutlichkeit daran festgehalten, dass das System der zweijährigen Besteuerungsperiode beibehalten werden soll. Ich bitte Sie, sich in diesem Stadium des Verfahrens dem Ständerat anzuschliessen. Ich möchte im Grunde genommen keine materiellen Ausführungen mehr anbringen, sondern nur ganz kurz sagen: Sie wählen mit der zweijährigen Postnumerando-Methode ein Besteuerungssystem, das bisher in keinem einzigen Kanton der Schweiz besteht, auch nicht im ach so hochgejubelten Modellkanton Basel-Stadt. Dort wird nämlich die Kapitalbesteuerung auch mit zweijähriger Veranlagung vorgenommen, und die übrigen vier Kantone, die dieses System besitzen, haben zwar eine einjährige Periode, aber eine Praenumerando-Methode. Wenn wir umstellen, wählen wir ein total neues System. Dabei beraten wir gleichzeitig das Bundesgesetz über die Steuerharmonisierung. Man könnte sich demnach durchaus vorstellen, dass man das Bestehende harmonisiert und das Harmonisierungsziel nicht so hoch steckt. Hier schreitet man zu total neuen Ufern und verpflichtet alle, das Schiff zu besteigen, um diese Ufer vielleicht eines Tages zu erreichen.

Wir hätten wegen der Umstellung auf das einjährige System einen klar ausgewiesenen Personalmehrbedarf in den Kantonen; es liegt eine Studie der Finanzdirektoren vor. Herr Stucky hat sie in der letzten Beratung zitiert. Es gibt in den einzelnen Kantonen Berechnungen, wonach bis zu 60 Prozent mehr Veranlagungspersonal eingestellt werden muss als mit dem bisherigen System. Wie sollen die Kantone bei der heutigen Arbeitsmarktsituation diese Funktionäre verpflichten können? Das ist ein nahezu aussichtsloses Unterfangen.

Die Steuermehrbelastung, die aus der einjährigen Erfassung des steuerbaren Einkommens resultiert, hat immer zu höchst widersprüchlichen Auseinandersetzungen Anlass gegeben. Man hat mir vorgeworfen, ich zöge vollständig falsche Schlussfolgerungen aus dem Artikel 208 des Gesetzes über die direkte Bundessteuer. Dort stehe klar und deutlich, dass der Bundesrat verpflichtet sei, durch eine Korrektur des Tarifs einzuschreiten, wenn sich aus der Umstellung ein erhöhter Steuerbetrag ergebe. Er müsse dann den Tarif so senken, dass sich eben kein Steuermehrertrag, keine höhere Steuerbelastung ergebe. Gerade daraus ist doch zu folgern, dass das einjährige System Mehrerträge ergibt, d. h. eine Mehrbelastung für den Steuerpflichtigen. Mir fehlt das Vertrauen in einen Bundesrat, der, ganz genau wie ein Buchhalter, sagt: «Vorher hast du soviel bezahlt, nachher bezahlst du soviel, ich korrigiere das zu 100 Prozent.» Unserem ideenreichen Finanzminister wird – wenn er noch amtiert – sicher eine Begründung einfallen, diesen Ausgleich nicht zu 100 Prozent zu machen, und wir bezahlen natürlich dann für alle Ewigkeit diese nicht-angepassten Steuern.

Aber das ist eigentlich nicht mehr das Wichtigste in der jetzigen Situation. Wichtiger ist die Tatsache, dass dies eine Differenzbereinigung zwischen den beiden Räten ist. Dreimal wurde ein klarer Entscheid des Ständerats getroffen, und der Nationalrat muss jetzt zum dritten Mal – ich hoffe diesmal einsichtiger als bisher – seinen Entscheid treffen. Zweimal haben wir nein gesagt, zweimal wollten wir bei der einjährigen Veranlagung gemäss Bundesrat und Kommissionsmehrheit bleiben.

Nun können Sie sich an einer Hand abzählen, dass der Ständerat bei der bisherigen Mehrheitssituation diesem doch etwas grotesk gewordenen Spiel nicht mehr länger zuschauen wird, sondern das tun wird, was ich in dieser Situation schon längst getan hätte: Er wird diesen Beschluss für definitiv erklä-

ren. Dann kommt es zur Einigungskonferenz. Diese Einigungskonferenz wird höchstwahrscheinlich nicht einmal imstande sein – auch wenn die national- und die ständerätliche Kommission jeweils die gleiche Personenzahl aufweist –, einen Einigungsvorschlag zu machen. Aber selbst wenn ein Einigungsvorschlag der Einigungskonferenz zustande käme, könnte jeder Rat wieder separat über seine Stellungnahme befinden. Wenn die Einigungskonferenz gar keine Einigung erreicht, ist das Gesetz in seiner Totalität aus Abschied und Traktanden gefallen. Dann haben wir kein neues Gesetz über die direkte Bundessteuer. Auch wenn die Einigungskonferenz mehrheitlich einen Einigungsvorschlag unterbreiten kann, kann trotzdem jeder Rat auf seinem Entscheid beharren, und das Gesetz ist ebenso in die Binsen gegangen. Das wollen wir doch nicht; denn dieses Gesetz bringt wirklich auch Fortschritte. Ich darf einmal darauf hinweisen, dass ja für die juristischen Personen die einjährige Periodizität entgegen den jetzigen Verhältnissen festgeschrieben wird. Es gibt auch andere Fortschritte in diesem Gesetz. Wir haben endlich eine klare steuergesetzliche Grundlage und nicht einen bundesrätlichen Erlass, der sich im übrigen fast noch auf das Notrecht abstützt. Wenn wir die einjährige Veranlagung irgendwo einführen wollen, dann sicher beim Steuerharmonisierungsgesetz. Dort wäre die Möglichkeit zu sagen: Wir stellen mit langen Uebergangsfristen um. Diese Möglichkeit wäre dort gegeben. Hier ist sie nicht gegeben, weil damit ein indirekter Zwang auf die Kantone, insbesondere auf die kleinen Kantone, ausgeübt wird, ohne die Steuerharmonisierungsvorschrift auf die einjährige Veranlagungsperiode umzustellen: eine kleine Steuerverwaltung in einem kleinen Kanton muss sich natürlich die Funktionäre beschaffen, muss sie anstellen, damit für den Bund einjährig veranlagt werden kann. Dann wäre es fast sinnlos, im Kanton bei der zweijährigen Veranlagung zu bleiben.

Dagegen habe ich immer wieder die Befürchtung gehört, dass die Kantone mit einjähriger Veranlagung auch zum Umstellen gezwungen werden, wenn wir die zweijährige Veranlagung beschliessen. Das ist nicht so, das entspricht nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Heute haben wir ja das zweijährige System im Bund, und heute haben wir schon fünf Kantone, die die einjährige Veranlagung kennen. Also ist derjenige Kanton, der die einjährige Veranlagung hat, durch eine zweijährige Bundessteueranlagung nicht verpflichtet.

Ich bitte Sie deshalb, dieser zweijährigen Periode zuzustimmen. Ich weiss, Herr Finanzminister Stich gibt die Durchhalteparole aus. Aber durchhalten hat eigentlich nur dann einen Sinn, wenn die Möglichkeit besteht, am Ende zu gewinnen. Dieser Krieg wird nicht mit einem Sieg, sondern mit einem Patt enden. Wir haben dann nicht die einjährige Periode, wie sie Herr Finanzminister Stich und die Kommissionsmehrheit wollen, sondern gar nichts. Das ist mir zu wenig. Deshalb bitte ich Sie, auf den Beschluss des Ständerates einzuschwenken und diesem doch etwas lächerlich gewordenen Spiel ein Ende zu setzen.

**Biel:** Die LdU/EVP-Fraktion ist für Festhalten an unserem Beschluss bei Artikel 51. Sie ist bei einem weiteren wichtigen Differenzpunkt, bei Artikel 74, ebenfalls für Festhalten.

Ueber die sachlichen Gründe brauchen wir uns nicht mehr zu unterhalten. Wir haben sie bei der letzten Beratung ausgewalzt, wir haben sie bei der Steuerharmonisierung ausgewalzt. Die Argumente sachlicher Natur sind Ihnen bekannt, und werden zweifellos noch einmal von den Kommissionsprechern und vom Bundesrat dargelegt werden.

Für uns geht es jetzt um eine politische Würdigung. Es geht um die Frage: Sind wir überhaupt noch in der Lage und bereit, Reformschritte – auch nur bescheidene – zu machen?

Das dokumentieren wir mit unserer Entscheid. Wir haben jetzt kein Steuerseminar mehr zu machen. Wenn wir am Entscheid unserer Kommission festhalten, dokumentieren wir den politischen Willen, weitere Reformschritte auch im Steuerbereich zu tun. Wenn wir dem Ständerat zustimmen, danken wir schlicht und einfach ab und zelebrieren wieder einmal Föderalismus und anderes: schweizerische Eigenzüge, Einzelgängertum. Wie bei der riesigen Auseinandersetzung weltanschaulicher Art, die wir über 2,3 m oder 2,5 m Lastwagenbreite

hatten. Wir gehen überall eigene Wege. Das wollen wir auch hier tun. Sowohl bei der Veranlagungsperiode würden wir einen eigenen Weg gehen, wenn wir dem Ständerat zustimmen, als auch bei der Besteuerung juristischer Personen.

Die nationalrätliche Kommission hat gründlich gearbeitet. In zahlreichen Sitzungen, mit zahlreichen zusätzlichen Gutachten haben wir alle Probleme miteinander ausdiskutiert, und wir haben Ihnen doch nun ein Ergebnis vorgelegt, dass das letzte Mal auch hier Zustimmung gefunden hat. Wenn wir dem Ständerat zustimmen, dann ist das böse Wort wirklich wahr: Das einzige, was aus den vielen Sitzungen herausgekommen ist, sind die Kommissionsmitglieder, die hineingegangen sind. Wir empfehlen Ihnen Festhalten.

**Müller-Wilberg:** Die grosse Mehrheit der SVP-Fraktion stimmt dem Minderheitsantrag für Beibehaltung der zweijährigen Bemessungsgrundlage zu. Die Ueberlegungen dazu sind grundsätzlicher Natur. Die meisten Kantone haben die zweijährige Veranlagung und sehen keinen Anlass, sich von dieser bewährten Regelung zu trennen. Schon bei der Kommissionsberatung lief in dieser Frage etliches falsch. Die zugezogenen Referenten sprachen sich durchwegs für die einjährige Veranlagung aus. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass eine Mehrheit der Kommission sich von den Ausführungen dieser Referenten beeindrucken liess und entgegen der klaren ständerätlichen Vorgabe eine Aenderung erzwingen will.

Ich möchte nicht mehr lange auf die Gründe für Beibehaltung der zweijährigen Veranlagung eingehen. Sie wurden bei der letzten Vorlageberatung eingehend dargelegt. Stichwortartig halte ich jedoch nochmals fest: Die grosse Mehrheit der Kantone kennt die zweijährige Veranlagung. Es ist erwiesen, dass die Veranlagungen in den wenigen Kantonen mit der einjährigen Veranlagung mehr Personal beanspruchen, also diese Veranlagung bedeutend aufwendiger ist. Gemäss Berechnungen liegt der administrative Mehraufwand bei 35 bis 40 Prozent. Bei Einkommensschwankungen wirkt das zweijährige System repräsentativer und ausgleichend. Die zweijährige Veranlagung ist bürgernah und soll daher unterstützt werden. Finanzpolitische Argumente können für die einjährige Veranlagung nicht vorgebracht werden. Ein Systemwechsel wäre mit einem derart grossen Mehraufwand auch für den Steuerzahler verbunden, dass dieser sachlich nicht gerechtfertigt ist. Obwohl die einheitliche zeitliche Bemessung in der ganzen Schweiz eine der Zielsetzungen der Steuerharmonisierung ist oder zumindest war, könnten wir uns allenfalls einen Kompromiss vorstellen, indem die Kantone mit der einjährigen Veranlagung diese auch weiterhin beibehalten könnten. Die Kommission müsste sich hier zu einem Lösungsvorschlag durchringen. Niemals darf die Steuerharmonisierung jedoch Grundsätze aufnehmen, welche dem heute geltenden System in Bund und Kantonen zuwiderlaufen. Aus föderalistischen Ueberlegungen, aber auch in Berücksichtigung der Mehrarbeit und Mehrkosten für Steuerpflichtige und Steuerbehörden, sprechen wir uns mit aller Deutlichkeit für die Beibehaltung des bisher grossmehrheitlich praktizierten Bemessungssystems aus.

**Stucky:** Die freisinnig-demokratische Fraktion hat mit deutlicher Mehrheit der zweijährigen Periode zugestimmt. Sie liess sich vor allem von einer Ueberlegung leiten: Die Materie ist dort zu regeln, wo sie sachlich hingehört. Es handelt sich bei der Steuerperiode um eines der wichtigsten formellen Elemente der Harmonisierung, und wenn man schon harmonisieren will, dann soll man diese Materie im Harmonisierungsgesetz regeln! Das Schlachtfeld ist also am richtigen Ort zu wählen. Beim Gesetz über die direkte Bundessteuer haben wir nie den Anspruch erhoben, zu harmonisieren, aber es wird natürlich mit indirektem Zwang, auf den Herr Feigenwinter zu Recht hingewiesen hat, eben doch harmonisiert.

Man muss sich klar sein, dass kein einziger Kanton in der Schweiz das System hat, das für die direkte Bundessteuer vorgeschlagen wird. Auch Basel-Stadt nicht, denn Basel-Stadt hat zwar die Einjährigkeit beim Einkommen, aber die Zweijährigkeit beim Vermögen. Nun müssen Sie sich vorstellen, was es heissen würde, wenn wir im Bund die Einjährigkeit mit der

Postnumerando-Methode hätten, in 20 Kantonen Zweijährigkeit mit Praenumerando, in vier Kantonen beim Einkommen die Einjährigkeit mit Praenumerando und nur in Basel-Stadt die Einjährigkeit mit Postnumerando. Das Durcheinander könnte nicht grösser werden, wenn sich die Kantone nicht anpassen würden; sie würden also dazu gezwungen. Stellen Sie sich einmal vor, was Sie dem Steuerpflichtigen zumuten würden, wenn die Kantone sich nicht sofort anpassen würden. Das würde heissen, dass die Steuerpflichtigen zweijährig veranlagt würden, also im Jahr 1989 das Einkommen 1987 und 1988 Durchschnitt präsentieren müssten, aber für den Bund mit der Postnumerando-Methode das Jahr 1989 im Jahre 1990. Das würde der Steuerpflichtige wirklich nicht mehr verstehen. Darunter würden nicht nur die Steuerverwaltungen leiden, sondern auch die Steuerpflichtigen.

Ein zweiter Punkt ist der Vollzug. Wir neigen hier dazu, die Vollzugsschwierigkeiten unter den Teppich zu kehren. Man sollte dem Vollzug die nötige Beachtung schenken. Das Gesetz über die direkte Bundessteuer kennt keine Uebergangsfrist. Das würde also mit anderen Worten heissen, dass die Kantone bereits umgestellt haben müssten, wenn man dieses Gesetz 1991 oder 1993 einführen will. Dass das praktisch nicht durchführbar ist, ist offenkundig. Wir haben dagegen im Harmonisierungsgesetz eine Uebergangsfrist geschaffen, damit die Kantone allenfalls genügend Zeit hätten. Ich bitte Sie, diesen Punkt zu beachten. Für die Kantone ist auch mit einer Uebergangsfrist die Sache nicht einfach zu lösen. Denken Sie nur an die Schwierigkeit, auf dem Arbeitsmarkt Leute für die Steuerverwaltungen suchen zu müssen, die wir jetzt schon nicht finden!

Ich will auf die sachlichen Gründe und Argumente auch nicht mehr eingehen. Wir haben drei Beratungen über die gleiche Sache geführt. Ich habe lediglich noch eine Bemerkung: Man argumentiert jetzt damit, dass 40 Prozent der Steuerpflichtigen ohnehin jährlich veranlagt werden: etwa eine halbe Million Steuerpflichtige in den fünf Kantonen mit der Einjährigkeit und eine halbe Million – wenn man hochrechnet – im Kanton Zürich. Aber der Kanton Zürich hat eine Eigenheit, die man nicht übersehen darf. In Zürich muss schon eine Zwischenveranlagung gemacht werden bei einem Abweichen des Einkommens von 3000 Franken. 3000 Franken sind nun wirklich eine zu kleine Differenz! Da ist es doch am Kanton Zürich, das Steuerergesetz zu ändern, und nicht an uns, wegen dieser Unebenheit das ganze System in 25 anderen Kantonen zu ändern. Am Zürcher Wesen soll die Schweiz nicht genesen müssen.

Aus diesen Gründen möchte ich Ihnen nahelegen, die Zweijährigkeit zu beschliessen. Wir werden uns noch einmal eingehend unterhalten müssen, wenn wir den zweiten Durchgang des Harmonisierungsgesetzes vorliegen haben.

**Meier-Glatfelden:** Die grüne Fraktion unterstützt den Durchhaltewillen und die Durchhalteparole von Bundesrat Stich. Wir lassen uns von Herrn Kollege Feigenwinter nicht erpressen mit der Drohung des Scherbenhaufens. Wir lassen uns auch nicht verleiten durch die Parole von Herrn Kollege Stucky, der ein Durcheinander von prae- und postnumerando vorschlägt. Wir sind für die einjährige Veranlagung, und zwar aus drei Gründen. Ich gestatte mir, nochmals zu wiederholen, was ich bereits zweimal gesagt habe: Die einjährige Veranlagung ist gerechter, einfacher, zeitgemäss.

1. Die einjährige Veranlagung ist gerechter für den Steuerzahler und für den Staat. Was ich verdiene, versteuere ich, und zwar sofort. Die zweijährige Veranlagung gibt mehr Möglichkeiten, krumme Touren zu machen, Steuern zu verschleppen, Steuern zu drücken, kurz: weniger zu zahlen. Sie ist besser für Leute, die sich um Steuern drücken wollen. Meine Mutter pflegte Bekannten, die über die hohen Steuern klagten, zu sagen, sie würde gerne mehr Steuern bezahlen, wenn sie nur den Verdienst hätte. Darum: Gebt dem Staat, was des Staates ist!

2. Die einjährige Veranlagung ist einfacher. Belege, Unterlagen zum Ausfüllen der Steuererklärung sind noch beieinander. Jeder normalverdienende Steuerpflichtige ist so fähig, seine Steuererklärung selber auszufüllen. Mit dem Steuerzahlen ist es wie mit dem Zahnarzt: beides tut weh. Beides tut aber

weniger weh, wenn man es rechtzeitig macht. Man ist dann nämlich vor unangenehmen, schmerzhaften Ueberraschungen gefeit. Auch der ganze Katalog der Zwischenveranlagung fällt weg.

3. Die einjährige Veranlagung ist zeitgemäss, fortschrittlich. Darüber sind sich alle Steuerexperten einig. Wer die einjährige Steuerveranlagung eingeführt hat, wie die Kantone Genf, Solothurn, Basel-Stadt und Neuenburg, der will gar nicht mehr zurück, und zwar weder die Steuerpflichtigen noch die Steuerverwaltungen.

Die grüne Fraktion bittet deshalb den Nationalrat, hart zu bleiben, an der einjährigen Veranlagung festzuhalten. In dieser Frage hat der Ständerat nachzugeben und der fortschrittlichen, gerechten und einfachen Lösung des Bundesrats und – so hoffe ich immer noch – des Nationalrats zu folgen.

**M. Coutau :** A l'image du Conseil national, le groupe libéral était et reste très partagé quant aux mérites respectifs des deux périodicités de taxation dont nous débattons.

Une majorité du groupe s'était pourtant dégagée pour appuyer le passage dès maintenant au système annuel. Avec la majorité du Conseil national, cette majorité libérale était et reste convaincue que ce système permet d'appréhender fiscalement la réalité économique de façon plus précise, équitable et fonctionnelle.

Pourtant, dans la situation de réelle impasse dans laquelle nous nous trouvons par rapport à la position du Conseil des Etats, nous sommes aujourd'hui unanimes. Nous jugeons que si la taxation annuelle doit être adoptée, il est de loin préférable de l'introduire à la faveur de la loi sur l'harmonisation fiscale et non de celle sur l'impôt fédéral direct. Nous considérons que le système fiscal de la Confédération ne peut pas, aujourd'hui, anticiper sur une évolution que de nombreux cantons ne sont ni prêts à adopter ni même désireux de le faire.

La loi sur l'harmonisation n'est pas encore sous toit. Des modifications sont encore possibles, notamment quant au délai de transition. Par ailleurs, il devrait aussi être possible, malgré l'harmonisation recherchée, de ne pas obliger les cantons qui ont adopté la taxation annuelle actuellement, de l'abandonner si la taxation biennale était maintenue.

Avec la taxation annuelle de l'impôt fédéral direct, aucune de toutes ces souplesses n'est possible. C'est, au contraire, une obligation et une contrainte, non seulement d'établir une déclaration d'impôt tous les ans pour la Confédération mais *ipso facto*, c'est aussi la contrainte de passer à cette même périodicité annuelle pour l'impôt cantonal.

Au contraire, avec le système biennal actuel, à l'échelon de la Confédération, il est loisible à chaque canton d'adopter pour son compte la périodicité qui lui convient, notamment l'annuelle. Un mouvement se dessine à l'heure actuelle dans ce sens. Il se concrétisera progressivement peut-être avec des encouragements prodigués à la faveur de l'harmonisation intercantonale.

Une fois généralisé, ce système annuel pourra sans aucune difficulté être inséré dans l'imposition fédérale. Vouloir anticiper aujourd'hui ce mouvement, en l'introduisant dans l'impôt fédéral direct, serait faire une inutile violence aux cantons encore attachés à la taxation biennale.

C'est pourquoi le groupe libéral unanime appuiera, tout bien réfléchi, la minorité dans toutes les propositions relatives à la périodicité de la taxation.

Une fois encore, nous le faisons avec des convictions distinctes sur le fond mais avec un réalisme résolu dans la situation d'impasse où nous nous trouvons aujourd'hui.

Dans les procédures d'élimination des divergences, il faut bien à la fin du compte que quelqu'un cède pour que des majorités se dégagent. Devant la résolution du Conseil des Etats qui, à deux reprises dans une proportion de deux contre un, a maintenu son point de vue, nous avons admis que c'était plutôt à nous, au Conseil national, où des majorités étaient plus faibles, de faire cette concession.

Mais je le répète, cette concession est provisoire, car une fois que les cantons auront compris spontanément, avec peut-être l'aide de l'harmonisation fiscale, qu'il était de leur avantage et

de celui de leurs contribuables de passer au système annuel, alors seulement l'impôt fédéral pourra passer à cette périodicité.

Il convient de mettre un terme aux tergiversations qui caractérisent la mise au point de cette nouvelle loi sur l'impôt fédéral direct. Il nous faut mettre rapidement en vigueur les améliorations techniques et matérielles qu'elle apporte par ailleurs. Ne laissons pas le débat sur la périodicité de l'impôt fédéral direct retarder, voire mettre en péril ces améliorations.

Toute précipitation contraignante quant à l'introduction d'un système même plus satisfaisant, mais auquel une majorité de cantons n'est pas prête à souscrire, comporte trop de risques. On ne viole pas impunément cette souveraineté fiscale qui tient tant à coeur à nos cantons, du moins c'est l'avis des fédéralistes que nous sommes.

**Fehr:** Die sozialdemokratische Fraktion tritt nach wie vor geschlossen für die einjährige Gegenwartsbemessung ein. Ich bitte Sie daher, unsere bisherigen Beschlüsse zu bestätigen und bei diesen Artikeln den Anträgen der Kommissionsmehrheit zu folgen. Wir sind überzeugt, dass Sie damit der sachlich richtigen Lösung den Vorzug geben. Ich möchte nicht mehr eingehen auf die Argumente pro und kontra ganz generell, aber doch daran erinnern, dass die zweijährige Vergangenheitsbemessung in reiner Form gar nicht durchführbar ist.

Was die Vertreter der Minderheit befürworten, führt bei allen Zwischenveranlagungsfällen zu einem aufwendigen und ungerechten Hin und Her zwischen Vergangenheits- und Gegenwartsbemessung. Das wollen wir nicht. Wir möchten auch im Sinne des Votums von Herrn Biel zum Ausdruck bringen, dass ein minimaler Reformwille auch im Steuerwesen in diesem Lande noch vorhanden ist.

Etwas eingehender auseinandersetzen möchte ich mich mit dem Argument der Rücksichtnahme auf die Kantone. Ich bin erstaunt, dass Herr Stucky und auch Herr Coutau plötzlich sagen, wir würden die Frage am falschen Ort behandeln, es handle sich um eine Harmonisierungsfrage, die ins Harmonisierungsgesetz gehöre. Natürlich gehört sie auch dorthin, aber dort führen wir die gleichen Redeschlachten zwischen den genau gleichen Fronten. Es war das Parlament, welches entkoppelt hat. Ich habe in meinem ersten Eintretensvotum zum Ausdruck gebracht, dass ich es nicht für logisch halte, zuerst das Gesetz über die direkte Bundessteuer und dann die Steuerharmonisierung zu behandeln. Aber das hat der Ständerat so eingespurt. Wir haben mitgemacht und können jedenfalls jetzt daraus für die Regelung einer konkreten, wichtigen Frage nichts ableiten.

Es ist denkbar – und es werden entsprechende Ueberlegungen angestellt –, wenn es schon sein muss, durch eine flexible Lösung im Steuerharmonisierungsgesetz dafür zu sorgen, dass allenfalls jene Kantone, die noch nicht umstellen möchten, diese Gelegenheit erhalten und beim bisherigen System bleiben können. Aber das gehört in das Harmonisierungsgesetz. Es gibt natürlich viele Kantone – z. B. mein Kanton Bern –, die nur darauf warten, dass der Bund umstellt, um selbst auch umstellen zu können.

Zu den Vollzugsschwierigkeiten, die Herr Stucky angeführt hat: Herr Stucky, haben wir verschiedene Fahnen? Auf meinem Exemplar steht in Artikel 208 Absatz 1: «Der Wechsel zu der zeitlichen Bemessung nach den Vorschriften dieses Gesetzes wird nach Ablauf von acht Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes vorgenommen.» Da steht nicht 1990 und nicht 1991, sondern acht Jahre nach Inkrafttreten. Wir wissen heute überhaupt noch nicht, wann das Gesetz in Kraft treten wird. Es ist ja noch nicht verabschiedet. Es ist also keine Rede davon, dass man die Kantone überfahren würde.

Was den Verwaltungsaufwand anbelangt – das hat Herr Müller-Wilberg angeführt –, so ist der Beweis nicht erbracht, ob Mehraufwand entsteht oder nicht. Ich habe ein Dokument bei mir, in dem der Fachverband der Steuerkommissäre und Bücherrevisoren des Kantons Zürich ausführt, die Administration werde durch die einjährige Gegenwartsbemessung vereinfacht. Das kann auch niemand beweisen; denn es hängt ab von den Regelungen für die Zwischenveranlagung, die die einzelnen Kantone kennen. Zürich hat eine relativ tiefe

Schwelle, viele Zwischenveranlagungsfälle und daher kaum Mehrkosten, wenn es kantonal nachzieht. Ein Kanton, der in seinem kantonalen Gesetz eine hohe Schwelle kennt, wird das möglicherweise anders beurteilen. Aber das Argument Aufwand ist keines, wenn es um eine richtige Lösung geht. Wir haben uns in anderen Fällen für richtige Lösungen entschieden, trotz anfallenden Mehraufwands.

Noch zu Herrn Feigenwinter und seiner Behauptung der steuerlichen Mehrbelastung. Das gehört nun wirklich ins Kapitel Legendenbildung, Herr Feigenwinter! Im schon zitierten Artikel 208 wird ganz klar gesagt, dass die durch den Systemwechsel bedingte Erhöhung des steuerbaren Einkommens durch eine gleichmässige Anpassung der Tarifstufen und der in Frankenbeträgen festgesetzten Abzüge ausgeglichen wird. Es ist etwas billig, daherkommen und zu sagen, man glaube das nicht. Das soll geltendes Recht werden. Dieses Recht wird man anwenden, und Sie gehören ganz zweifellos auch zu jenen Mitgliedern dieses Hauses, die dafür sorgen werden, dass der Bund nicht zu viele Steuern einzieht. Sie wären wahrscheinlich einer der ersten, die einfahren würden mit Vorschlägen in Richtung Korrektur der Tarife, wenn das nicht in Ordnung wäre. Diese Möglichkeit besteht immer noch. Ich bitte Sie, hier wenigstens nicht mit Märchen zu argumentieren. Eine Mehrbelastung wird aus der Umstellung in keinem Fall resultieren.

Ich bitte Sie, den Anträgen der Mehrheit zu folgen.

**Blatter:** Ueber die Frage der ein- oder zweijährigen Veranlagung sind die Fronten total verhärtet. Das Volk beobachtet nicht ohne Spott das Pingpongspiel zwischen Ständerat und Nationalrat. Es werden jeweils von beiden Lagern regelmässig die gleichen Argumente vogetragen, und am Abstimmungsergebnis ändert sich wenig oder nichts.

So kann die Behandlung dieses wichtigen Artikels nicht fortgesetzt werden. Das Pingpongspiel zwischen Ständerat und Nationalrat hat einen Stand der Wiederholung erreicht, der lächerlich ist. Das Volk darf von uns mit Recht verlangen, dass wir in der Lage sind, eine konsensfähige Lösung zu finden.

Zur Sache: Wie bereits ausgeführt wurde, haben wir zwei Gesetzesvorlagen zum gleichen Text, die zu verschiedenen Terminen behandelt werden. Für das heute vorliegende Gesetz über die direkte Bundessteuer ist nur der Bund zuständig. Bei der Steuerharmonisierung haben wir die Möglichkeit, auf die Kantone einzuwirken. Es ist jedoch selbstverständlich, dass beide Vorlagen aufeinander abgestimmt werden müssen.

Die Lösung des Problems sehe ich wie folgt: Die zweijährige Vergangenheitsbesteuerung bleibt vorläufig in Kraft – ich betone vorläufig –, da heute noch die grosse Mehrheit der Kantone in ihren kantonalen Gesetzen die zweijährige Vergangenheitsbesteuerung verankert hat.

Die langfristige Zielsetzung ist jedoch – im Sinne der Steuerharmonisierung – die einjährige Gegenwartsbesteuerung. Ich arbeite seit 20 Jahren in dieser Branche und kann die Vorteile eines Systemwechsels durchaus erkennen. Aber die Zeit ist heute ganz eindeutig noch nicht reif zu einem solchen Schritt. Die Kantone brauchen für einen Systemwechsel eine lange Uebergangsfrist. Vor allem muss man den Kantonen die Gelegenheit geben, zuerst selber zu wechseln. Erst anschliessend ist es dann sinnvoll, dass auch der Bund diese Aenderung vollzieht. Ich könnte mir vorstellen, dass der Wechsel problemlos vollzogen werden könnte, wenn die Hälfte der Kantone gewechselt hat.

Es hat den Anschein, dass einige Nationalräte aus den Kantonen Solothurn, Bern, Neuenburg, Genf und Jura befürchten, dass sie bei einer Annahme der zweijährigen Vergangenheitsbesteuerung in Artikel 51 wieder zurückbuchstabieren müssten. Vor allem wenn dieser Grundsatz im Steuerharmonisierungsgesetz verankert wird, ist dies gar nicht so abwegig. Ich verstehe daher die Reaktion des Festhaltens. Aus diesem Grunde brauchen wir eine klare Sowohl-als-auch-Lösung, nämlich die vorläufige Beibehaltung der zweijährigen Vergangenheitsbesteuerung bei der direkten Bundessteuer und die klare Bewilligung für die Kantone, die einjährige Gegenwartsbesteuerung beizubehalten oder mit einer langen Uebergangsfrist umzustellen. Nur eine solche Lösung ist tragfähig

und wird von allen Kantonen in unserem Land akzeptiert. Es ist für mich somit selbstverständlich, dass die Kantone, die auf das einjährige System umgestellt haben, dieses System ausdrücklich beibehalten können. Die direkte Bundessteuer wird in diesen Kantonen bekanntlich heute schon problemlos veranlagt, berechnet und kassiert.

Damit man nun aber die Lösung, wie ich sie eben vorgeschlagen habe, erarbeiten kann, müssen wir heute ganz eindeutig der Beibehaltung der zweijährigen Vergangenheitsbesteuerung zustimmen. Nur so können wir bei der Steuerharmonisierung das Ziel anvisieren und den Kantonen empfehlen, in einem langfristigen Rhythmus die einjährige Veranlagung einzuführen. Wenn wir heute die einjährige Veranlagung beschliessen, ist diese Möglichkeit vertan und kann nicht mehr realisiert werden.

Ich appelliere dringend an Sie: Seien wir heute nicht nur Steuerrechtstheoretiker, sondern auch Praktiker. Wenn wir alle hart bleiben, scheitert die ganze Vorlage. Das wäre wirklich tragisch und sollte vermieden werden. Stimmen wir bei der direkten Bundessteuer heute klar für die zweijährige Veranlagung, damit wir morgen tatsächlich den Systemwechsel vollziehen können!

**M. Pidoux:** Nous nous trouvons ici à la croisée des chemins et, sans être un devin, on peut affirmer qu'une nouvelle obligation imposée à tous les contribuables physiques suisses de remplir chaque année leur déclaration d'impôts contribuera au lancement d'un référendum contre cette loi. Peut-être est-ce ce que, cyniquement, certains recherchent en vue d'obtenir l'échec de la loi. Certes, on ne légifère jamais sous la contrainte, mais on doit aussi rechercher une solution acceptable plutôt que de se faire plaisir intellectuellement, plutôt que de faire plaisir à ceux qui se prétendent des spécialistes.

Je ne reviendrai pas sur les arguments de fond en faveur de la taxation biennale que j'ai développés lors du premier débat et qui ont été exposés il y a un instant par MM. Feigenwinter, Stucky et Coutau. Mais comme l'orateur précédent, il me semble que, si l'on en reste aux possibilités politiques, il faut suivre la solution que le Conseil des Etats a sagement et massivement adoptée et admettre ainsi la proposition de la minorité.

**M. Rebeaud:** La Suisse est un bien heureux pays pour pouvoir s'offrir une véritable guerre de religions à propos d'un objet aussi médiocre.

Ce n'est pas de tergiversations qu'il faut parler, mais de blocage idéologique où toute discussion semble devoir se résumer à la répétition d'arguments déjà répétés trois fois au moins. Je me contenterai donc de dire pourquoi le groupe écologiste tient à ce que nous maintenions l'ancienne position de notre conseil.

J'ai bien écouté MM. Coutau et Blatter qui nous ont expliqué que c'est le moment de faire une concession. Je crains que ce geste ne se révèle un très mauvais coup de poker et équivale à un auto-goal dont nous aurons à nous mordre les doigts par la suite. Etant donné les rapports de force actuels, si nous donnons raison aujourd'hui au Conseil des Etats, quant à l'impôt fédéral direct, nous n'aurons plus aucune possibilité de récupérer raison pour l'harmonisation fiscale. Je ne vois pas par quel miracle le Conseil des Etats reconnaissant nous ferait ce cadeau.

J'ai encore une hésitation par rapport au raisonnement fédéraliste qu'a tenu M. Coutau, et partiellement aussi à celui de M. Blatter tout à l'heure. Si nous voulons faire un raisonnement fédéraliste, nous devrions dire que la Confédération règle la périodicité de l'impôt fédéral direct et laisse les cantons libres d'agir pour leurs propres impôts. Mais vouloir faire du fédéralisme en laissant les cantons libres de percevoir l'impôt fédéral direct tous les deux ans, comme semble-t-il la majorité d'entre eux le souhaitent aujourd'hui en tout cas, et leur imposer, de Berne, une périodicité dont ils ne veulent pas pour leurs impôts cantonaux, cela me paraît une injure grave au fédéralisme.

Quoi qu'il en soit, les positions stratégiques sont plutôt confuses. Il serait dangereux, à mon avis, de céder maintenant parce que c'est l'ensemble de l'idée dont la majorité de notre

conseil est convaincu qui s'effondrerait, et nous voulons que cette position du Conseil national soit maintenue aujourd'hui pour que, entre gens raisonnables, espérons-le, dans une conférence de conciliation qui sera devenue la seule porte de sortie possible, les députés du Conseil des Etats et du Conseil national tentent, si Dieu le veut, de sortir de cette petite guerre de religions, de s'affronter sur les réalités, sur ce qu'on connaît des effets probables de la périodicité de l'impôt à une année ou à deux ans, nous pouvons espérer que, dans une conférence de conciliation, les arguments rationnels refassent surface et permettent un déblocage.

Je vous suggère donc de ne pas suivre les tentations de compromis qui, en cette circonstance, sont terriblement mal placées.

**Hänggi:** Die Veranlagungsdauer ist ein Eckstein des Harmonisierungsgedankens. Wenn wir diesen Eckstein herausbrechen, gerät das ganze Haus ins Wanken. Ich kann mir nicht vorstellen, wie die Kantone zur einjährigen Veranlagung animiert werden sollen, wenn wir bei der direkten Bundessteuer die zweijährige Veranlagung beschliessen. So wird nämlich die Tatsache, dass der weitaus grösste Teil der Kantone eben gerade die zweijährige Periode kennt, zum grössten Hemmschuh für die einjährige Veranlagung. Ist das Grund genug, einem fortschrittlichen Gedanken zu entsagen?

Ich verweise auf einen zweiten Punkt: Es wird heute sehr viel von Europa, von EG 92, von Europafähigkeit gesprochen, insbesondere von jenen, die die einjährige Veranlagungsperiode heute am dezidiertesten bekämpfen. In ganz Europa kennt man die einjährige Veranlagung. Hier hätten wir Gelegenheit, unsere Gesetzgebung auch in dieser Richtung etwas anzupassen, uns europafähiger zu machen. Ich finde es schade, wenn wir auch diese Chance verpassen.

Ein dritter Punkt ist die Vereinfachung bei der Steuerveranlagung. Ich weise nur darauf hin, schauen Sie selber auf Ihre Fahne. Ueberprüfen Sie die Konsequenzen (Zwischenveranlagungen und Interpretationen), wenn wir Artikel 51 vom Ständerat übernehmen. Die einjährige Veranlagung würde sowohl für die Verwaltung als auch für den Bürger sehr viel vereinfachen. Deshalb kann ich hier die Einwände in Richtung Mehrbelastung nicht ganz verstehen. Aus diesen Gründen bin ich persönlich überzeugt, dass die einjährige Veranlagung zu mehr Transparenz und vor allem zu mehr Steuergerechtigkeit führt.

Deshalb bitte ich Sie, dem Antrag von Bundesrat und Kommissionmehrheit zuzustimmen.

*Hier wird die Beratung dieses Geschäftes unterbrochen  
Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 12.30 Uhr  
La séance est levée à 12 h 30*

## **Steuerharmonisierung. Bundesgesetze**

### **Harmonisation fiscale. Lois**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1989
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	03
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	83.043
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	07.06.1989 - 08:00
Date	
Data	
Seite	725-741
Page	
Pagina	
Ref. No	20 017 417

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.